

# DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 12 Dezember 2008 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



# 25 Jahre

## GdP-Frauengruppe

### In dieser Ausgabe:

**Arbeitsschutz:**  
PTBS-Anerkennung verweigert

**Castor-Transport:**  
Proteste auf hohem Gewaltniveau

**Demonstration:**  
Auf Abstand, Clowns!

**Kinderschutz:**  
Unfall oder Misshandlung?

**11. Schöneberger Forum:**  
Der Staat ist wieder mal gefragt

**EuroCOP:**  
Herbsttagung

**Seniorenjournal**

## **Proteste auf hohem Gewaltniveau**

Die Polizei hat beim Castor-Transport unter enormen Belastungen gute Arbeit geleistet. Die GdP hat sich vor Ort Unterbringung und Verpflegung der Kolleginnen und Kollegen angesehen und die Junge Gruppe war zur Betreuung der Einsatzkräfte unterwegs.

**Ab Seite 17**



## **Unfall oder Misshandlung?**

Vernachlässigung und Misshandlungen von Kindern rücken zunehmend ins Blickfeld. PKin Anne Wejda skizziert die typischsten Verletzungsmuster betroffener Kinder, damit bereits beim geringsten Verdacht eine differenzierte medizinische Untersuchung eingeleitet werden kann.

**Seite 33**

## **Auf Abstand, Clowns!**



Die „Rebel Clowns Army“ will mit uralten Techniken der Clownerie gegen „Ignoranz, Herrschertum und Unterdrückung ins Feld ... ziehen.“ Die eingesetzten Sicherheitskräfte werden allerdings durch die Pappnasen zunehmend in der Ausübung ihrer Aufgabe beeinträchtigt.

Zeit zur Gegentaktik. Die PD Koblenz hat entsprechende Auflagen erarbeitet.

**Seite 26**

<b>KURZ BERICHTET</b>	<b>2</b>
<b>KOMMENTAR</b> Frauenfragen sind Männerfragen	<b>4</b>
<b>FORUM</b>	<b>4/5</b>
<b>TITEL/FRAUENGRUPPE (BUND)</b>	<b>6</b>
Vom Rand in die Mitte – Frauen in der GdP –	
„Mit unseren Forderungen stießen wir schnell an Grenzen ...“	<b>12</b>
Vereinbarkeit von Beruf und Familie	<b>13</b>
Immer noch gibt es die gläserne Decke	<b>15</b>
Festakt zum „25.“	<b>16</b>
<b>CASTOR-TRANSPORT</b>	<b>17</b>
Proteste auf hohem Gewaltniveau	
Republik Freies Wendland – Republik ohne Recht!? –	<b>19</b>
Gourmet-Tipps aus der Fünf-Sterne-Küche	<b>20</b>
<b>11. SCHÖNEBERGER FORUM</b>	<b>22</b>
Der Staat ist wieder mal gefragt	
<b>MESSEN UND KONGRESSE</b> MODERNER STAAT 2008	<b>25</b>
<b>DEMONSTRATIONEN</b> Auf Abstand, Clowns!	<b>26</b>
<b>ARBEITSSCHUTZ</b> PTBS – Anerkennung verweigert	<b>30</b>
<b>PRÄVENTION</b> 2. Landeskinderschutzkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern	<b>31</b>
<b>KINDERSCHUTZ</b> Unfall oder Misshandlung?	<b>33</b>
<b>WEIHNACHTSKAMPAGNE</b> Kinder haben ein Recht auf „Weiße Weihnacht“	<b>40</b>
<b>EUROCOP</b> Herbsttagung des EuroCOP-Komitees am 4. November 2008 in Luxemburg	<b>36</b>
<b>SENIORENJOURNAL</b>	<b>38-40</b>
<b>IMPRESSUM</b>	<b>40</b>



## MELDUNGEN

### BKA-Gesetz

Nach Einschätzung der GdP soll mit dem BKA-Gesetz auf die zunehmende Gefährdung durch Terroristen angemessen reagiert werden. Massiven Nachholbedarf, gebe es aber bei der technischen und personellen Ausstattung der Polizeien. Es sei schon heute nicht mehr möglich, sichergestellte Datenträger zeitnah auszuwerten. Das beste Gesetz helfe nicht weiter, wenn es durch Ressourcenmangel ausgebremst werde.

### Castor-Transport

Die Polizei hat beim Castor-Transport unter enormen Belastungen gute Arbeit geleistet. Sorge bereite die zunehmende Gewaltbereitschaft militanter Kernkraftgegner. GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg befürchtet, dass „das Problem im kommenden Jahr massiv zunehmen wird, weil der Streit um die Atomenergie durch den Bundestagswahlkampf weiter angeheizt wird“. Der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Niedersachsen und stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut drängt auf ein Konzept zur Endlagerung: „Solange dieses Problem nicht gelöst ist, wird die Region nicht zur Ruhe kommen. Die Castor-Transporte und die Diskussion um Gorleben belasten die Polizei in Niedersachsen seit Jahren bis an ihre Grenzen. Die normale polizeiliche Arbeit kommt über weite Strecken zum Erliegen.“ (s. auch ab S. 17)

### Korruptionszahlen

Laut dem kürzlich vom Bundeskriminalamt veröffentlichten „Bundeslagebild Korruption“, stieg die Zahl der Bestechungsstraftaten bundesweit 2007 um 38 % auf 9.563. Der starke Anstieg der Fallzahlen sei vor allem auf ein in Berlin anhängiges Großverfahren zurückzuführen, bei dem in Zusammenhang mit Führerscheinprüfungen nahezu 3.500 Einzelstraftaten erfasst wurden. Im weltweiten Vergleich liegt Deutschland auf dem Korruptionsindex der Organisation Transparency International auf dem 14. Platz. Der Staat mit der geringsten Korruption ist demnach Dänemark.

## GEWALT GEGEN POLIZEI:

### GdP fordert deutlichere Reaktionen

Mehr Achtung und Respekt vor dem Gesetz und ihren staatlichen Vertretern hat die GdP auf der Sitzung des Bundesvorstandes am 18. November 2008 in Berlin gefordert. Polizeibeamte würden oft als Freiwild angesehen. GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg forderte höhere Strafen für Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte. Die Zahl der Widerstände habe seit 2000 um über 25 Prozent auf 26.782 in der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik registrierte Taten zugenommen.

„Viele Kolleginnen und Kollegen machen zudem vor Gericht die Erfahrung, dass es sich meist nicht lohnt, Beleidigungen oder Widerstandshandlungen, die sie

im Dienst erleben, überhaupt anzuzeigen.“ Das Ausmaß, dass die Werte- und Normenerosion in der Gesellschaft mittlerweile annehme, sei enorm und umfasse alle Schichten der Bevölkerung.

Konrad Freiberg forderte die Innenminister auf, die kriminologische Forschung über Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte wieder aufzunehmen und nicht auf „im Dienst getötete Beamte“ zu beschränken: „Die letzte Studie datiert aus dem Jahr 2000. Sie muss fortgeschrieben werden. Die Innenpolitiker sollten sich nicht dem Verdacht ausliefern, ihnen sei dieses Thema unangenehm.“

red.

## BERLIN:

### Tarifentwicklung im Land Berlin

Nach monatelangen Auseinandersetzungen ist es geschafft. Der Berliner Senat scheidet mit dem Versuch des Lohndiktats. Der Senatsbeschluss, bis Ende 2009 nicht mehr mit den Gewerkschaften zu verhandeln, hat nur 118 Tage gehalten. Durch Aktivitäten der GdP im politischen Raum einerseits und der Ausweitung der Streiks andererseits war es gelungen, wieder an den Verhandlungstisch zu kommen. Die Gewerkschaften konnten dann relativ schnell einen Kompromiss schließen, der über einen Sockelbetrag von 65 Euro ab 1.6.2009 den meisten Arbeitnehmern nachhaltig die geforderte Lohnsteigerung von 2,9 % bringt. Daneben wurde vereinbart, dass mit dem Auslaufen des sog. Anwendungstarifvertrages, die zur Zeit geltenden Arbeitszeitverkürzungen und damit verbundenen 8-12 prozentigen Kürzungen der Löhne und Vergütungen auslaufen und damit nicht verlängert werden. Ebenso Gegenstand der tariflichen Regelungen wurde die Absicht, auch in Berlin zu einem neuen Tarifrecht TV-L oder TvÖD zu kommen.

Der Streik der letzten Monate wurde innerhalb der GdP durch ein hohes Maß an Solidarität und Durchhaltevermögen getragen. Dafür gebührt allen Beteiligten Dank und Anerkennung und dies auch über die Grenzen Berlins hinaus. **Dieter Großhans**

*Wir wünschen unseren Leserninnen und Lesern eine ruhige Adventszeit, ein freudvolles Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr. Besondere Grüße gehen an die Kolleginnen und Kollegen, die die Fest- und Feiertage aus dienstlichen Gründen nicht gemeinsam mit der Familie verbringen können.*

*Die Redaktion*



## Gemeinsames Engagement gegen Gewalt intensivieren

**Die Eindämmung der Gewalt im Fußball-Geschehen stand im Mittelpunkt eines Gespräches zwischen dem Deutschen Fußballbund (DFB) und der GdP in Vorbereitung auf den von der GdP im Frühjahr geplanten Fußball-Gipfel. Beide Organisationen waren sich darin einig, dass das gesellschaftliche Phänomen der zunehmenden Gewaltbereitschaft, wie es auch im Fußball auftritt, nur durch ein Bündel von Maßnahmen bekämpft werden könne. Polizei und Vereine dürften mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Weitere gesellschaftliche Institutionen und insbesondere die Politik müssten stärker in die Verantwortung genommen werden, um die Chancen des Fußballsports für eine positive Entwicklung im Zusammenleben zu nutzen.**

Dr. Theo Zwanziger schilderte die vielfältigen Bemühungen des DFB, die Sicher-

werden. Daher seien alle Beteiligten gefordert, ihren Beitrag am „Nationalen

weitab vom eigentlichen Spielort statt. Das erhöhe den Personalaufwand der Polizei erheblich. Die länderübergreifenden Unterstützungseinsätze anlässlich Fußball-Begegnungen seien von 13 im Jahr 2005 auf 40 im Jahr 2008 gestiegen.

Jörg Radek sprach sich für eine bessere Kooperation mit den Verkehrsträgern – vor allem mit der Deutschen Bahn – aus. Besonders auf den Reisewegen von und zu den Spielen hätten die begleitenden Polizeieinheiten Probleme mit alkoholisierten und randalierenden Fußball-Anhängern sowie mit Reisewegsüberschneidungen von Fans. *hol*



heit im Fußball zu gewährleisten. So stehe der DFB im ständigen Kontakt mit Vertretern der Deutschen Bahn, der Bundes- und Landespolizei, von Fanorganisationen sowie Verantwortlichen aus den Vereinen der Bundesliga, der 2. Bundesliga sowie der 3. Liga und Regionalligen.

Der Fußball, so Dr. Zwanziger, könne als integrative Kraft quer durch alle Gesellschaftsschichten und Bevölkerungsgruppen nicht hoch genug eingeschätzt

Konzept für Sport und Sicherheit“ zu leisten. Insbesondere der Bau neuer Sportstätten sowie der Ausbau bestehender Anlagen sei die Basis für die Vereine, die notwendigen Sicherheitsstandards zu erfüllen.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg äußerte seine Sorge über die Verschiebung des Gewaltgeschehens in die klassentiefere Ligen. Auch fänden die Auseinandersetzungen inzwischen oft

*Während des Gesprächs im November in der DFB-Zentrale – (rechte Seite von l. n. r.): DFB-Generalsekretär Wolfgang Niersbach, DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger, und der Sicherheitsbeauftragte des DFB, Helmut Spahn teil.*

*(Linke Seite von r. n. l.): GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, das Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP, Jörg Radek und GdP-Sekretär Andreas Nowak.*

*Foto: Rüdiger Holecek*



## Frauenfragen sind Männerfragen

Frauen in die Polizei? – Ich kann mich noch gut an die oft wirklich kleingeistig geführten Debatten um die weiblichen Forderungen erinnern, gleichberechtigt als Polizeianwärterinnen eingestellt zu werden. Die

sind übrigens auch nach den Einstellungen von Frauen in den Polizeidienst und ihrer Bewährung lange nicht verstummt; vor allem viele Männer predigten es vor- und rückwärts: Frauen seien physisch wie psychisch nicht ausreichend belastbar. Sie würden nach aufwändiger Ausbildung zu oft fehlen oder gar aus familiären Gründen dem Dienst ganz

den Rücken kehren. Und im Übrigen seien sanitäre Einrichtungen, Ruheräume und Unterkünfte für die Nutzung durch beide Geschlechter nicht geeignet ... Was fand man nicht alles für Gründe ...

Dennoch, an einigen Argumenten war und ist durchaus etwas dran. Noch immer liegt die Hauptlast der familiären Verpflichtungen meist bei den Frauen. Aber genau darum geht es doch: Frauen brauchen gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, das, was ihnen wichtig ist, Beruf und Familie, zu vereinbaren. Und das ist nach heutigem Rollenverständnis längst keine Frauenfrage mehr. Heute steht die Frage schon ganz anders. Nämlich, wie bekommen Frauen *und* Männer es hin, weder Beruf noch Familie zu vernachlässigen? Wie können sich beide Geschlechter gleichberechtigt in einem hoch angesehenen Beruf wie dem unseren engagieren, sich weiterbilden und ihren Fähigkeiten entsprechende Positionen einnehmen?

Wir müssen also schauen, wie frauen- und männerverträglich unsere Arbeitswelt ist. Was brauchen Männer *und* Frauen, um im Beruf Zufriedenheit zu erlangen und dennoch die Familie nicht zu vernachlässigen.

Machen wir uns nichts vor, in diesem Prozess stehen wir noch ziemlich am Anfang. Das geht bei der Bezahlung los, wo es im Entgeltbereich noch sehr deutliche Unterschiede gibt. Und schauen wir uns das eigene Umfeld an: Wie viele Frauen in der Polizei sind in Leitungsfunktionen?

Männer grenzen offenbar noch immer aus. Sie geben bestimmte Domänen weder im Beruf noch im privaten Bereich ab – ein Zeichen dafür, dass auch die Männer in ihrem neuen Rollenverständnis noch unsicher sind. Wir wissen sehr wohl, dass die Zeit der männlichen Alleinverdiener endgültig vorbei ist. Wir wissen, dass wir auch aufgrund der demografischen Entwicklung den Frauen im Beruf mehr und mehr Platz einräumen müssen – nicht nur auf den unteren Rängen, nein, ebenso in Leitungsfunktionen. Erst dann, wenn nicht mehr nach dem Geschlecht gefragt wird, sondern auch „hohe Posten“ ganz allein nach Kompetenz ebenso Frauen angeboten und von ihnen besetzt werden, haben wir Gleichberechtigung auch verinnerlicht.

Die Gleichstellung von Männern und Frauen bleibt eine politische Aufgabe, der wir uns fraglos auch in den nächsten Jahren gewerkschaftlich widmen werden. Was die GdP-Frauengruppe auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren geleistet hat, ist nicht hoch genug zu bewerten. Und wenn wir uns anschauen, was die Frauen noch vorhaben, werden wir sie nach besten Kräften unterstützen – in unser aller Interesse.

Zu ihrem gewerkschaftlichen Jubiläum möchte ich auch auf diesem Wege die Frauengruppe (Bund) herzlich und respektvoll beglückwünschen.



### Zu: Die Wahrheit über die Beamtenversorgung, DP 11/08

Ein herzliches Dankeschön für die Veröffentlichung des Artikels. Kurz, prägnant und das Entscheidende aufzeigend, müsste diese inhaltliche Darstellung von jedem für diese Situation Verantwortlichen verstanden werden.

Ich empfehle jeder(m) Kollegin(en), insbesondere auch den Aktiven, eine Kopie dieses Artikels an seine(n) Bundes-/Landtagsabgeordnete(n) zu senden und dabei gleichzeitig zum Ausdruck zu bringen, was man von ihr(m) künftig erwartet. Ich werde das umsetzen und wünsche mir eine überwältigende Beteiligung. Es ist höchste Zeit endlich selbst zu agieren und möglichst auf breiter Ebene, denn die Institution Polizei verfügt über keine Lobby und kann nicht (mehr) auf die Loyalität der Volksvertreter zählen.

Die bislang „gute Meinung der Bevölkerung“ über ihre Polizei ist noch vorherrschend, trotz aller bekannter Unzulänglichkeiten (Reformen, Personalstruktur, Aufgabenzuweisungen pp.). Dass noch so viel „gute Arbeit“ seitens der Polizei geleistet wird, ist vorwiegend auf Loyalität und Motivation der Kollegen zurückzuführen. Was wird, wenn beides ausgereizt und nicht mehr abrufbar ist?

*Peter Haupt, Düren*



Dieser Artikel gehört bei passender Gelegenheit in die Tagespresse. Die Gelegenheit ist dann gegeben, wenn die verantwortlichen Politiker bei Tarifverhandlungen dem ahnungslosen Bürger vorrechnen, wie viel Millionen Euro auch nur ein Prozent Erhöhung der Beamtengehälter dem Steuerzahler kostet. Dem Volk werden dann immer absolute Summen vorgelegt, die astronomisch erscheinen. Dass für den einzelnen Beamten nur wenige Euro bleiben, wird nicht erwähnt. Auf diese Art und Weise haben die Politiker die Bürger auf ihrer Seite und die Beamten als Schmarotzer hingestellt. Die GdP sollte viel öfter Meldungen in den Medien kommentieren/richtigstellen, die uns (Polizei-)Beamte betreffen.

*Jörg Siebert, PI Göttingen*

### Zu: Zur Sinnhaftigkeit von Personalbeurteilungen bei der Polizei, DP 11/08

Der Mann hat mir aus der Seele geschrieben und dies alles sachlich und wissenschaft-



lich und meiner Meinung nach fundiert belegt. Respekt, Lob und Anerkennung. Ich würde mich freuen, wenn aufgrund dieses Artikels bei den politisch Verantwortlichen, aber auch den mit beteiligten Gewerkschaftlern und Personalräten ein Umdenken in diese Richtung erfolgen würde, zumindest jedoch ein Denkanstoß erkennbar wird!

Die Überlegungen von Gauß (aus dem Jahr 1809!) hätten niemals Bestandteil unseres heutigen Beurteilungsverfahrens werden dürfen; aber es erleichterte scheinbar die Sache bei so mancher Argumentation.

Kollegen werden gerankt bis aufs Biegen und Brechen, und wenn das System an sein Ende gelangt, ist die zunächst sehr gute Kollegin oder der sehr gute Kollege das ungerechtfertigt „gerankte“ Schlusslicht einer langen Kette.

So viel zum Thema Eignung, Befähigung und fachliche Leistung ...

Man hätte dieses System besser nicht Beurteilung genannt, sondern das „Ich-sage-wen-ich-befördern-will-System“. Das wäre jedem auf Anhieb plausibel gewesen.

**Ronald Höhler, Dienstgruppenleiter bei der PI Neuwied/Rhein.**

### Zur Vorabberichterstattung zum Castor-Einsatz auf [www.gdp.de](http://www.gdp.de) „Gourmet-Tipps aus der Fünf-Sterne-Küche“

Es handelt sich um eine äußerst kompetente Darstellung, die die wesentlichen Abläufe und Zusammenhänge korrekt darstellt und wertet. Auch der Bundesvorsitzende kommt mit seinen Sorgen an den richtigen Stellen zu Wort und bleibt damit nicht sprachlos, sondern hilft der Polizei. Vorbildlich!

So kann allerdings nur jemand berichten, der die Gesamteinsatzleitung gehört hat, im Einsatzraum war, sich mit vielen Kollegen vor Ort ausgetauscht hat und sich dann eine persönliche Meinung gebildet hat, die auf einem festen Fundament steht. Für diese sehr faire Darstellung kann ich mich nur bedanken, was ich hiermit auch gerne tue.

Auch die Inhalte zu Hansi Fritzers Versorgung möchte ich voll unterstreichen. Ich war mit Uwe Schünemann und Andreas Bruns in der Theodor-Körner-Kaserne und wir haben ohne jegliche Vorwarnung dort in einem voll besetzten Speisesaal das Essen genommen, was gerade angeboten wurde. Das Personal war überaus freundlich und sichtlich gut gelaunt. Das Essen war in jeder Hinsicht perfekt und auf den Punkt ge-

würzt. Wenn ein Sternekoch in einem Gourmetrestaurant so etwas für 29,50 Euro auf den Tisch bringt, wird kein Gast meckern. Hansi hat aber nur 11 Euro-hastennicht-gesehen für den ganzen Tag je Gast zur Verfügung. Er hat alles umgesetzt, was ich ihm ans Herz gelegt habe und sich ein volles Lob mit redlicher, souveräner Arbeit verdient. Man kann ihn mit gleichem Engagement erreichen aber nicht mehr toppen. Es ist schlicht die beste Einsatzküche (Essen und persönliche Begegnung), die ich kenne.

**Friedrich Niehörster  
Präsident der Polizeidirektion Lüneburg**

### Zu: In Gesichtern lesen, DP 10/08

Es handelt sich hier um die sogenannte „Gesichtsausdruckskunde-Psycho-, Physiognomik-“, basierend u. a. auf den Studien von Carl Huter. Auch Lavater und Goethe befassten sich mit dem Thema. Mittlerweile gilt es als anerkannte Wissenschaft und es ist nur zu begrüßen, wenn ein Ergebnis der Studie die Aufnahme als „Modul“ in der polizeilichen Ausbildung findet.

Diskreditiert wurde die Gesichtsausdruckskunde übrigens durch die nazistische Rassenideologie, in der einzelne Gesichtsmarkkmale bestimmte „Herrenrassen“ kennzeichnen sollten oder eben als „Beweis“ für eine von ihnen erdachte „Untermenschenschicht“ erhalten musste.

Gesichtsausdruckskunde betreiben wir übrigens alle automatisch unbewusst, wenn wir z. B. neue Leute kennenlernen und uns mit einem Blick ins Gesicht ein erstes Bild verschaffen (Sympathie/Antipathie).

**Holger Patzwall, per E-Mail**

### Zu: Die Hundeseele folgt dem Trieb, DP 9/08

Informativ und erfreulich sachlich war der Artikel zum Umgang mit gefährlichen Hunden des Kollegen Dirk Bork. Umso enttäuschender empfand ich den Umstand, dass vorbei an jeder Objektivität ein Staffordshire die Titelseite ziert. Als langjähriger Bull Terrier-Halter hätte ich mir von einem Medium wie der DP gewünscht, diesen noch immer gegenwärtigen Feldzug gegen einzelne (je nach Bundesland mal gefährliche, mal eben nicht) Hunderassen nicht weiter aufzugreifen.

**Andreas Flohr, PP Wuppertal**

### Zu: Rechtsschutz der GdP

Nach einem zweijährigen Verfahren, das auch das Verwaltungsgericht beschäftigt hat, habe ich nun das Ziel einer Beförderung erreicht.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich einerseits bei der GdP, die mir ohne Probleme Rechtsschutz gewährt hat, andererseits bei unserem GdP-Kreisgruppenvorsitzenden, der in dieser Eigenschaft und gleichzeitig als PR-Vorsitzender mit den weiteren PR-Mitgliedern ein enormes Durchhaltevermögen demonstriert hat, das man nur als äußerst bemerkenswert und keineswegs selbstverständlich bezeichnen kann.

Ich denke, dass die Kolleginnen/Kollegen, die eine Gewerkschaft oder eine Personalvertretung als entbehrlich und wenig effizient einstufen, damit eines Besseren belehrt sein sollten.

**E.-J. Heutger, Warstein**

### Zu: 8. Seniorenreise nach Tunesien

Da ich vor unserer Abreise keine Gelegenheit hatte, mich bei den Betreuern Dietmar Michael, Hans Adams und Thomas Klein für die hervorragende Unterbringung, Betreuung und Gestaltung zu bedanken, möchte ich es auf diesem Wege tun. Diese Reise ist kaum mehr zu toppen. Viele Grüße und ein gesundes Wiedersehen

**Joachim Krull, Düsseldorf**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

#### Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-114  
Fax: 030/39 99 21-190  
E-Mail:  
[gdp-redaktion@gdp-online.de](mailto:gdp-redaktion@gdp-online.de)





## Vom Rand in die Mitte – Frauen in der GdP –

**„Frauen in der Polizei? Die sind doch viel zu wenig belastbar für den Vollzugsdienst – und in den Randbereichen unseres Berufes am besten aufgehoben!“**

**Lange ist es noch nicht her, dass diese Meinung in der Polizei vorherrschte. Unter solchen Voraussetzungen wollte sich kaum jemand ernsthaft für die beruflichen Chancen der Frauen in dieser Männerbastion einsetzen und darum mussten die Kolleginnen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen: Engagierte Polizistinnen organisierten sich innerhalb der Gewerkschaft der Polizei – wie überall, auch dort unter männlicher Vorherrschaft. Das ist fast 50 Jahre her.**

Heute sind mehr als 36.000 Frauen Mitglied unserer Gewerkschaft – und jede einzelne von ihnen gehört der GdP-Frauengruppe an, die inzwischen auf Bundes- und Landesebene im Status einer „Personen-

gruppe“ effektive Strukturen für die gewerkschaftliche Frauenarbeit bietet. Darüber hinaus gibt sie wichtige Impulse für die gewerkschaftliche und politische Arbeit. Denn eine wirkliche Gleichstellung

**4./25.2.1953 – 2. Ordentlicher Delegiertenkongress der GdP in Bad Honnef:** Käte Biebel (LB Hessen) wird als erste Kollegin in den Gewerkschaftsvorstand (heute Bundesvorstand) der GdP gewählt – als Beisitzerin ist sie die „Vertreterin der weiblichen Polizei“.

**26./27.4.1955 – 4. Ordentlicher Delegiertenkongress in Remagen:** Gerda Seibüchler (LB Berlin), und Maria Jakob

(LB Rheinland-Pfalz) werden in die Ständige Kommission für Arbeits- und Sozialrecht gewählt.

**3./4.5.1956 – 5. Ordentlicher Delegiertenkongress in Berlin:** Liselotte Halbauer (LB Baden-Württemberg) wird anstelle von Käte Biebel als Beisitzerin die „Vertreterin der weiblichen Kriminalpolizei“ (WKP) im Gewerkschaftsvorstand. Käte Biebel wechselt in den Gewerkschaftsausschuss.

**Anfang der achtziger Jahre zeigten sich die GdP-Frauen auf einer Demonstration in Berlin äußerst kampfbereit. Foto: GdP**

von Frauen und Männern stellt sich weder im Arbeitsleben noch in der Gewerkschaft oder im privaten Bereich von selbst ein. Dazu braucht es eine kompetente und effiziente Vertretung der Rechte und Interessen von Frauen. Und die wurde und wird in der GdP von hoch engagierten Frauen gewährleistet.

### Die Anfänge

Um nach Wegen zu suchen, wie Kolleginnen aktiver in die Gewerkschaftsarbeit

**Frühjahr 1958** – Dr. Hildegard Schulz wird als Gewerkschaftssekretärin eingestellt. In ihr Arbeitsgebiet fallen insbesondere die Bearbeitung der Frauenfragen sowie die Belange des Arbeitsrechts.

**3./4.6.1958** – Liselotte Halbauer wird vom Gewerkschaftsvorstand beauftragt einen Entwurf für Laufbahnrichtlinien der WKP zu erarbeiten.



## FRAUENGRUPPE (BUND)

einbezogen werden könnten, traf sich am 10. September 1958 in Düsseldorf erstmals eine „Kommission für die Bearbeitung von Frauenfragen“. Von diesem Gremium aus Frauenvertreterinnen aller Landesbezirke unter Leitung der Kollegin Liselotte Halbauer (Beisitzerin im Geschäftsführenden GdP-Vorstand) versprach sich der Gewerkschaftsvorstand Impulse für seine weitere Arbeit. Dabei sollten die Probleme der polizeibedienten Frauen besprochen werden. Und die lagen für Beamtinnen, Angestellte und Arbeiterinnen gar nicht so weit auseinander: In erster Linie ging es um Besoldung und Eingruppierung, Beförderung und Vergütung, also um gleichen Lohn für gleiche Arbeit – ein Thema, das für Frauen durchaus auch heute noch auf der Tagesordnung steht.

Aktiven Kolleginnen in der GdP waren damals die Missstände im Polizeidienst, die speziell Frauen trafen, ein Dorn im Auge. Während sie deren Beseitigung für dringend notwendig hielten, mussten die männlichen Gewerkschaftskollegen auf die Sorgen und Wünsche der Kolleginnen erst aufmerksam gemacht werden und deren Dringlichkeit erkennen lernen.

Ganz entschieden befördert wurde dieser Prozess durch zwei Entwicklungen: Zum einen stießen die engagierten Kolleginnen mit dem Eintritt der GdP in den Deutschen Gewerkschaftsbund (1978) zum ersten Mal auf dort bereits etablierte Frauenstrukturen auf Bundes- und Länderebene.

Zum anderen entschieden 1979 die ersten Dienstherren, auch Frauen den Zugang zum allgemeinen Polizeidienst zu gewähren. Geplagt von Nachwuchssorgen und weil sich das Frauenbild allmählich wandelte, begann ab 1979 zunächst Hamburg, das über langjährige Erfahrungen mit einer weiblichen

Schutzpolizei verfügte, Frauen in den üblichen Polizeidienst zu integrieren (vgl. Tabelle Seite 11).

### Junge Gruppe bekennt sich

Echtes Problembewusstsein für die Fraueninteressen schien sich zunächst in der Jugendorganisation der GdP zu entwickeln: 1979 titelte die Junge Gruppe-Zeitung CONTACT „Frauen in der GdP – Die ungeliebten Schätzchen?“ – und beklagte heftig den Mangel an Kolleginnen in den Landesbezirksvorständen und den Untergliederungen, wo Frauen höchstens als Schriftführerin tätig seien um Protokolle zu tippen. Und trotz der damals gängigen Vorurteile (benennen) gegenüber Frauen

rem Bundeskongress in Hannover 1979 in einer Entschließung alle Bestrebungen zur Verbesserung der Gleichstellung: „Frauen haben ebenso wie Männer das Recht der freien Berufswahl. Dies gilt auch für den Polizeidienst. ... Bei einer aufgabengerechten Verwendung kann die Öffnung des Polizeiberufes für Frauen eine Verbesserung des polizeilichen Leistungsangebotes bedeuten.“

### Konzept zu Frauenarbeit in der GdP entsteht

Auf der 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB (1981) nutzen die Delegierten der GdP die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch untereinander und mit den Kolle-



**Gewerkschafterinnen machen Politik – Fototermin auf den Stufen des Reichstages im November 2007, bevor die Frauen mit der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kerstin Griese, über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie diskutierten. Foto: Weusthoff**

in Uniform sprach sich die GdP-Jugend auf ihrem Kongress im selben Jahr für die Aufnahme von Frauen in den Polizeivollzugsdienst aus.

Die GdP begleitete diesen Prozess von Beginn an positiv und unterstützte auf ih-

ginnen der anderen Einzelgewerkschaften. Dabei erkannten sie sehr schnell, welche große Aussagekraft gut informierte und funktionierende Frauenausschüsse hatten und wie hoch ihr eigener Bedarf an Abstimmung untereinander war. Sie initiiert

**10.9.1958** – Auf der Tagung der „Kommission für die Bearbeitung von Frauenfragen“ in Düsseldorf erörtern erstmals die Frauenvertreterinnen der Landesbezirke die Probleme der „polizeibedienten“ Frauen und tragen Lösungsvorschläge zusammen. In erster Linie ging es um Besoldung und Eingruppierung, Beförderung und Vergütung, also um gleichen Lohn für gleich(wertige) Arbeit.

**Januar 1979** – Die Junge Gruppe-Zeitung

CONTACT titelt: „Frauen in der GdP – Die ungeliebten Schätzchen?“ und beklagte heftig den Mangel an Kolleginnen in den Landesbezirksvorständen und den Untergliederungen.

**17.-19.10.1979 – 16. Ordentlicher Delegiertenkongress in Hannover:** Die Gewerkschaft der Polizei verabschiedet die Entschließung „Frauen im Polizeiberuf“. Darin heißt es: „Frauen haben ebenso wie Männer das Recht der freien Berufswahl. Dies gilt auch für den Polizei-

dienst. ... Bei einer aufgabengerechten Verwendung kann die Öffnung des Polizeiberufes für Frauen eine Verbesserung des polizeilichen Leistungsangebotes bedeuten.“

**20.-22.5.1981 – 10. Bundesfrauenkonferenz des DGB in Essen:** Nach dem Beitritt der GdP in den DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUND (DGB) am 1.4.1978 nehmen erstmals Vertreterinnen der GdP an einer Bundesfrauenkonferenz des





## FRAUENGRUPPE (BUND)



**Juli 2007 – gemeinsame Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der GdP und der Frauengruppe (Bund) zum Gender Mainstreaming – ein Thema, das sich die GdP per Kongressbeschluss aus dem Jahr 2002 verschrieben hat.**

Foto: Weusthoff

ten im März 1982 ein Wochenseminar in Lage-Hörste mit den Vertreterinnen aller Landesbezirke. Dort war Gelegenheit, ausführlich über den bisherigen Stellenwert der Frauenarbeit in der GdP sowie über die Perspektiven künftiger gewerkschaftlicher Arbeit zu diskutieren – mit dem Ergebnis, dass die Kolleginnen ein „Konzept der Frauenarbeit in der Gewerkschaft der Polizei“ vorlegten, in dem sie ihre organisatorischen und inhaltlichen Vorstellungen formulierten: Ihnen ging es um gewerkschaftspolitische Antworten auf die speziellen Fragen der weiblichen Beschäftigten – wie Dienstkleidung und Arbeitsschutz, gleiche Aufstiegsmöglichkeiten und gleiche Entlohnung. Sie forderten aber auch die Einrichtung von Frauengremien auf allen Ebenen der GdP – vor allem aber die Gründung eines Bundesfrauenausschusses.

### „Frauen“ in der Satzung

Aus heutiger Sicht mag recht flüssig und schlüssig erscheinen, wie sich damals die Frauenarbeit in der GdP entwickelte. Aber die Idee, dass Frauen in allen verantwortlichen Positionen in Gremien und Personalräten vertreten sind, um gewerkschaft-

liche Frauenarbeit zu gestalten, traf auf wenig Gegenliebe. Daran erinnert sich Klara Oelke (geb. Herrmann) heute: „Männer, die solche Anliegen unterstützen, fand man damals sehr selten. Wir mussten uns selbst zurechtfinden und Mehrheiten bei denen organisieren, die engagierte Frauen in erster Linie als Konkurrentinnen um Posten und Positionen in der Gewerkschaft sahen.“

Nach intensiven inhaltlichen und organisatorischen Überlegungen und begünstigt durch das Beispiel der DGB-Strukturen wurde schließlich beim Bundeskongress in Nürnberg 1982 zur Vertretung der damals 10.000 in der GdP organisierten Kolleginnen ein Bundesfachausschuss (BFA) „Frauen“ satzungsrechtlich durchgesetzt. Er wurde zugleich mit einem Antragsrecht auf dem Bundeskongress ausgestattet; seine Vorsitzende hatte Anspruch auf Sitz und Stimme im GdP-Bundesvorstand.

Am 2./3. Februar 1983 trafen sich die Mitglieder dieses Ausschusses zum ersten Mal und wählten Klara Herrmann (HH) zu ihrer Vorsitzenden. Damit begründeten sie die noch heute gültigen frauen-

politischen Strukturen in der GdP, deren 25-jähriges Bestehen im November 2008 in Berlin gefeiert wurde. (siehe Seite 16)

### Themenvielfalt

Von Beginn an machte der BFA „Frauen“ die erheblichen Defizite hinsichtlich beruflicher Gleichstellung von Männern und Frauen im Polizeibereich zum Thema und betonte, dass die Einstellung von Frauen in den Polizeidienst zur Selbstverständlichkeit werden müsse.

Daher drängten die Kolleginnen auch auf die schnelle Einführung einer bundeseinheitlichen Dienstbekleidung für die weibliche Schutzpolizei, während die IMK (Innenministerkonferenz) noch zögerte – die Herren wollten zunächst über mehrere Jahre Erfahrungen mit Frauen im Polizeidienst sammeln.

Um die Interessenvertretung von Frauen für Frauen in der GdP zu stärken, setzten sich die Kolleginnen des BFA auch für gezielte Werbung von weiblichen Polizeibeschäftigten für eine Mitgliedschaft in der GdP ein – und erarbeiten dafür sogar eine eigene Werbebroschüre für Kolleginnen. Darüber hinaus machte sich der BFA „Frauen“ stark für eigene Seminare, die sich aus frauenpolitischer Sicht z. B. mit dem Personalvertretungsrecht und der Einführung neuer Technologien beschäftigten.

Nachdem sich der Bundesfachausschuss „Frauen“ in der GdP etabliert hatte, vertieften die Kolleginnen noch in den achtziger Jahren ihre Zusammenarbeit mit anderen Fachausschüssen in der GdP, diskutierten sozialpolitische Fragestellungen, kopierten erstmals den noch heute beliebten „Ratgeber für werdende Eltern“

DGB teil – und fordern den DGB-Bundesvorstand auf, sich für eine gleichberechtigte Frauenerwerbstätigkeit im öffentlichen Dienst einzusetzen.

**Juni 1981 – Gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Bundesausschuss (heute Gewerkschaftsbeirat):** Beschluss zur Durchführung eines Wochenseminars zur „Frauenarbeit in der GdP“.

**März 1982 – Wochenseminar zur „Frauenarbeit in der GdP“ in Lage-Hörste:** Die Teilnehmerinnen erarbeiten und beschließen ein „Konzept der Frauenarbeit in der GdP“. Es enthält organisatorische und inhaltliche Vorstellungen für die zukünftige Arbeit von Frauengremien in der GdP. Unter anderem werden darin Frauenausschüsse in Bund und Ländern gefordert.

**5.-8.10.1982 – 17. Ordentlicher Delegiertenkongress in Nürnberg:** Durch Satzungs-

änderung wird der Bundesfachausschuss (BFA) „Frauen“ geschaffen, dessen Vorsitzende Sitz und Stimme im Bundesvorstand erhält. Er besteht aus den Delegierten der weiblichen Polizeibeschäftigten eines jeden Landesbezirkes – ohne Rücksicht auf ihren Status und ihre Spartenzugehörigkeit.

**2./3.2.1983 – Konstituierende Sitzung des BFA „Frauen“.** Klara Herrmann (LB Hamburg) wird erste Vorsitzende.



---

## FRAUENGRUPPE (BUND)

und arbeiteten an einer Wanderausstellung „Frauen in Polizei und GdP“.

Sie machten schließlich auch die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz zu einem Thema, diskutieren darüber auf öffentlichen Veranstaltungen und ermunterten damit Betroffene, sich zur Wehr zu setzen. Mit dem umfangreichen Expertenwissen der BFA-Kolleginnen gelang später auch der Entwurf einer entsprechenden Musterdienstvereinbarung zum Schutz vor sexueller Belästigung.

### Frauenförderung in der GdP

Der BFA „Frauen“ stieß auch die Debatte um einen Frauenförderplan für die GdP an. Bereits auf dem Mannheimer Bundeskongress 1986 war der Bundesvorstand aufgefordert worden, einen Frauenförderplan für die GdP zu erstellen. Er sollte v.a. konkrete Maßnahmen beinhalten, um eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen gewerkschaftli-

**Mit einem eigenen Flyer machte die GdP in den achtziger Jahren auf die Arbeit ihrer Kolleginnen aufmerksam.**  
**Im Bild: Klara Oelke (2. v. r.) und ihre Mitsreierinnen.**

chen Beschlussgremien sicherzustellen und wurde schließlich auf dem Bundeskongress in Frankfurt 1990 verabschiedet. Marion Dix (NI), die noch im selben Jahr den Vorsitz des Bundesfachausschuss „Frauen“ von Klara Herrmann übernahm, sah in diesem Frauenförderplan ein wichtiges Instrument, um den Frauenanteil in Vorständen und unter den Delegierten zu erhöhen – und endlich auch in den Gremi-



en der GdP die „frauenfreien Zonen“ zu beseitigen.

Doch zunächst die Unterstützung der frauenpolitischen Arbeit in den Ländern höchste Priorität: Der BFA „Frauen“ half beim Aufbau gemeinsamer frauenpolitischer Strukturen im Zuge der Ost-West-Vereinigung, bei der Aufstellung von Frauenförderplänen in den Landesbezirken und entwickelte Richtlinien für die Bewertung der Landesgleichstellungsgesetze.

### GdP gründet Frauengruppe

Anfang der neunziger Jahre hatte sich die Zahl der weiblichen GdP-Mitglieder verdoppelt: 20.000 Kolleginnen waren in der GdP organisiert, als der Braunschweiger Satzungskongress der GdP 1992 dem BFA „Frauen“ den Status einer Personengruppe zubilligte und so die Frauenarbeit der GdP organisationspolitisch neu ausrichtete. Damit war der Weg frei für

## FRAUENGRUPPE (BUND)



**POK Sandra Temmen – seit März 2006 Vorsitzende der Frauengruppe (Bund).**

die erste Bundesfrauenkonferenz 1994 in Suhl und die Gründung der Frauengruppe (Bund), auf dem Dresdner Bundeskongress (1994).

Marion Dix wurde zur ersten Bundesfrauen-sitzenden der GdP gewählt und er-



**Fachliche Kompetenz – Erika Krause-Schöne (BP) Leiterin der AG „Menschenhandel“ der Frauengruppe (Bund), diskutierte im März 2008 mit EKHK Heiner Minzel (PP Dortmund) und KHK Jörg Makel (PD Hannover) über eine Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten als neues Instrument im Kampf gegen den Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung.**

Foto: Weusthoff

hielt Unterstützung durch vier weitere Mitglieder im Geschäftsführenden Vorstand der Frauengruppe (Bund). Zweimal im Jahr trafen sich von nun an die Vorsitzenden der Landesfrauengruppen als Vorstand

der Frauengruppe (Bund).

Frauenförderung in der Polizei sowie die Gleichstellungsgesetze in Bund und Ländern prägten die inhaltlichen Diskussionen. Seminare – vor allem in Kooperation von Bund und Ländern – gaben Impulse für die frauenpolitischen Strukturen in der GdP. Auch mit ihren Vorschlägen für einen neuen Frauenförderplan, ein spezielles Frauenlogo, eine Arbeitsmappe für die Landesfrauengruppen, eine eigene Imagebroschüre und für Werbemittel hatten die engagierten Vorstandsfrauen die frauenpolitische Entwicklung innerhalb der GdP fest im Blick.

Unter dem Motto „Frauen Polizei Reformen. Wir gestalten die Zukunft“ fand 1998 die 2. Bundesfrauenkonferenz in Kassel statt, auf der Elke Rath (NRW) als Vorsitzende der Frauengruppe (Bund) im Amt bestätigt wurde; nach dem Rücktritt von Marion Dix hatte ihr der Vorstand der Frauengruppe (Bund) bereits im Jahr

zuvor diese Aufgabe übertragen. Schwerpunkt in den Debatten waren in dieser Zeit neben Gleichstellungsfragen auch die Reformen im öffentlichen Dienst. Während auf der Bundesfrauenkonferenz eine ganze Reihe von Anträgen beschlossen wurde, setzte sich die Frauengruppe (Bund) auf dem GdP-Bundeskongress in Bremen im Wesentlichen mit ihrem Vorschlag für den zweiten Frauenförderplan durch, der seitdem in der GdP gilt.

### Fachliche Impulse

Neben der organisationspolitischen Arbeit zur Stabilisierung der Frauenstrukturen in Bund und Ländern standen in den letzten zehn Jahren aber nicht nur

frauenspezifische Fragen auf der Agenda; herausragende inhaltliche Arbeit leistete die Frauengruppe (Bund) auch in polizeilich-fachlicher Hinsicht.

Als Ende der neunziger Jahre die damalige Bundesregierung den ersten Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorlegte und das sogenannte Gewaltschutzgesetz vorbereitete, formulierte die Frauengruppe (Bund) ihre Forderungen und machte häusliche Gewalt zu einem Anliegen der gesamten GdP: Ein Vorschlag für eine bündeneinheitliche Definition des Deliktes entstand. Die GdP setzte sich ein für Interventionsstellen als Bindeglied zwischen Polizei und Opferhilfe, um durch eine Vernetzung zwischen beteiligten Behörden und nicht staatlichen Hilfsangeboten die gesetzlichen Regelungen zu ergänzen. Häusliche Gewalt sollte zum Ausbildungsinhalt und prüfungsrelevanten Lernstoff werden sowie zum Inhalt für Leitfäden polizeilichen Handelns.



**Als Ende der neunziger Jahre die damalige Bundesregierung den ersten Aktionsplan das sogenannte Gewaltschutzgesetz vorbereitete, formulierte die Frauengruppe (Bund) ihre Forderungen und machte häusliche Gewalt zu einem Anliegen der gesamten GdP.**

Anne Müller, die auf der 3. Bundesfrauenkonferenz 2002 in Potsdam zur Vorsitzenden der Frauengruppe (Bund) gewählt wurde, ist zu recht stolz auf die Initiativen der Kolleginnen: „Erfolgreich hat sich die GdP auch in den Ländern stark gemacht für die notwendigen Änderungen in den Polizeigesetzen. Weil Platzverweis und Gewahrsamsnahme keinen ausreichenden Schutz der von Gewalt Betroffenen darstellten und dem Sicherheitsbedürfnis der Opfer nicht gerecht wurden,

„Frauenförderung im öffentlichen Dienst“.

**28.-31.10.1990** – Der erste Frauenförderplan (FFP) der GdP wird auf dem 19. Ordentlichen Bundeskongress in Frankfurt am Main beschlossen.

**1990** – Marion Dix (LB Niedersachsen) übernimmt in der konstituierenden Sitzung des BFA „Frauen“ dessen Vorsitz.

**20.3.1986 - 67./XVII Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes (GBV):** Der vom BFA „Frauen“ unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Landesbezirke erarbeitete Entwurf der „Richtlinien für die Frauenarbeit in der GdP“ wird vom GBV verabschiedet und dem Bundesvorstand zur Verabschiedung empfohlen.

**11.-13.11.1986 – 18. Ordentlicher Bundes-**

**kongress in Mannheim:** Die Delegierten beschließen unter Antrag A 16 die „Einstellung einer Bundesfrauensekretärin in der Bundesgeschäftsstelle“.

**Juni 1987** – Edith Matthé wird als erste Bundesfrauensekretärin in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden eingestellt.

**1990** – 1. Bundesfrauenseminar zum Thema



## FRAUENGRUPPE (BUND)

ergänzen inzwischen strafrechtliche und polizeiliche Regelungen wie Wegweisung und Rückkehrverbot die zivilrechtlichen Regelungen des Gewaltschutzgesetzes.“

Ebenfalls auf Betreiben der Frauengruppe (Bund) setzt sich die GdP in den letzten Jahren besonders intensiv für eine effektive Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung ein. Im Vorfeld der 4. Bundesfrauenkonferenz 2006 in Bayreuth hatte die Frauengruppe (Bund)



**18. November 2008** – Dagmar Hölzl, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der Frauengruppe (Bund), versicherte in Berlin Bundesministerin Ursula von der Leyen die Unterstützung der Frauengruppe (Bund) bei der Bekämpfung von Entgeltungleichheit im öffentlichen Dienst zu. Foto: Weusthoff

Frauen in der Schutzpolizei (alte Bundesländer)	
Bundesland	Einstellungsbeginn
Baden-Württemberg	09/1987
Bayern	03/1990
Berlin	10/1980
Bremen	09/1987
Hamburg	04/1979
Hessen	10/1981
Niedersachsen	04/1981
Nordrhein-Westfalen	10/1982
Rheinland-Pfalz	09/1987
Saarland	08/1986
Schleswig-Holstein	10/1986
Bundesgrenzschutz	10/1987

konkrete Vorschläge erarbeitet, wie sich die Situation von Menschenhandelsopfern verbessern und die Strafverfolgung durch gezielte Maßnahmen erleichtern lässt. (vgl. DP 6/2008))

Sandra Temmen (HE), seit 2006 Vorsitzende der Frauengruppe (Bund): „Wir können und wollen uns als Expertinnen in der Gewerkschaft der Polizei in fachlichen Themen einbringen. Aber wir dürfen die Anliegen der weiblichen Polizeibeschäftigten dabei nicht aus den Augen verlieren!“

Darum wirbt die Frauengruppe (Bund) derzeit in der GdP aktiv für ihre Vorschläge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und will im kommenden Jahr die noch immer bestehenden Benachteiligungen von Frauen in der Polizei in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Das beschloss der Vorstand der Frauengruppe (Bund) auf seiner letzten Sitzung Anfang September dieses Jahres in Teistungen. Neben der Vereinbarkeit von Beruf &

Familie sollen dabei die Forderungen nach Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst und fairen Karrierechancen für Frauen eine herausragende Rolle spielen. „Die Zukunft der GdP ist weiblich – das Motto der ersten Bundesfrauenkonferenz ist heute so aktuell wie damals“, ist Sandra Temmen überzeugt. Denn: 36.000 Frauen sind heute Mitglied in der GdP und mehr als die Hälfte von ihnen hat das vierzigste Lebensjahr noch nicht vollendet.

*weu*

**14./15.10.1992** – 2. Außerordentlicher Bundeskongress (Satzungskongress) in Braunschweig: Eine neue GdP-Bundessatzung wird beraten und beschlossen (tritt 1992 in Kraft). In § 26 (Gliederung der GdP) wird mit dem Absatz 5 die Frauengruppe (Bund) förmlich begründet. Die Vorsitzende ist Mitglied im Bundesvorstand.

**15./16.3.1994** – „Frauen in der GdP ... Die

Zukunft ist weiblich!“ – 1. Bundesfrauenkonferenz in Suhl: Da die satzungsrechtlichen Voraussetzungen für die Konstituierung der Frauengruppe (Bund) erst mit dem GdP-Bundeskongress in Dresden in Kraft treten, wird die erste Bundesfrauenkonferenz noch vom Bundesausschuss „Frauen“ durchgeführt. Gewählt wird dennoch – den geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand stellen Marion Dix als Vor-



# „Mit unseren Forderungen stießen wir schnell an Grenzen...“

**Im Februar 1983 übernahm Klara Herrmann (heute Oelke) den Vorsitz des neu gegründeten Bundesfachausschuss „Frauen“ in der Gewerkschaft der Polizei – und gilt bis heute als die erste bekennende „Frauen-Frau“ in der GdP. Anja Weusthoff sprach mit der inzwischen pensionierten Schutzpolizistin über die frauenpolitischen Anfänge der GdP und die Aktualität alter Probleme.**

**Vor 25 Jahren erhielten die damals rund 10.000 Frauen in der GdP zu ersten Mal eine eigene formale Struktur, in der sie arbeiten konnten ...**

Und damit hatten wir den Männern in der GdP ein wichtiges Zugeständnis abgerungen. Auf dem Gewerkschaftskongress in



**Klara Oelke, geb. Herrmann**

Nürnberg wurde endlich die Gründung des Bundesfachausschuss beschlossen. Die Arbeit gestaltete sich zunächst auch nicht besonders schwierig. Wir gründeten Landesfachausschüsse und bildeten den Bundesfachausschuss „Frauen“. Damit war die Vorsitzende auch ordentliches Mitglied im Bundesfrauenausschuss des DGB. Wir mussten uns selbst zurechtfinden, man(n) ließ uns machen – und wir machten! Unsere Forderungen war die Vertretung der Frauen in allen verantwortlichen Positionen in den gewerkschaftlichen Gremien und den Personalräten, um gewerkschaftliche Frauenpolitik zu gestalten. Männer, die unsere Anliegen unterstützen, fanden sich nur selten: Denn wir mussten ausgerechnet bei denen Mehrheiten suchen, denen wir etwas wegnehmen wollten! Die engagierten Frauen wurden nämlich in erster Linie als

Konkurrentinnen um Posten und Positionen in der Gewerkschaft gesehen.

**Dennoch traten die Frauen in der GdP in den achtziger Jahren in Bund und Ländern aktiv für ihre eigenen Interessen ein. Der BFA „Frauen“ machte sich stark für eigene Seminare, arbeitete an einer Werbebroschüre für weibliche Polizeibeschäftigte und stieß auch die Debatte um einen Frauenförderplan für die GdP an.**

Mit unserem Engagement haben wir uns Akzeptanz bei den Männern verschafft. Niemand zweifelte offiziell an, dass gewerkschaftliche Frauenarbeit notwendig ist. Aber wenn wir Forderungen formulierten, stießen wir schnell an die Grenzen unserer Möglichkeiten. So ist es uns damals auch nicht gelungen, einen Sitz im geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP für eine Frau zu beanspruchen. Umso mehr freue ich mich, dass diesem Gremium seit einigen Jahren zwei Frauen angehören. Es ist wichtig, dass sich die Kolleginnen auch heute als „Frauen-Frauen“ verstehen und sich für die besonderen Belange der weiblichen Beschäftigten in der Polizei einsetzen.

**Was trieb die Frauen in der Polizei damals um? Sind die Probleme von damals gelöst oder stehen sie noch heute auf der Tagesordnung?**

Als der Bundesfrauenausschuss Mitte der achtziger Jahre seine Arbeit aufnahm, waren bereits die ersten Kolleginnen im Polizeivollzugsdienst angekommen. Wir wollten, dass die gemeinsame Arbeit von

Männern und Frauen zur Selbstverständlichkeit wird, haben uns u. a. für eine angemessene Dienstbekleidung bei Polizistinnen und die notwendigen Anpassungen in den Regelungen der Heilfürsorge eingesetzt. Aber es ging uns auch ganz grundsätzlich um Gleichberechtigung in der Polizei – und das hieß für mich immer: Wir fordern **Chancengleichheit unter Berücksichtigung besonderer Belastungen!** Als uns auffiel, dass die Männer in den Beurteilungsrunden regelmäßig besser abschnitten als die Frauen, haben wir uns die Ergebnisse der Beurteilungsrunden in einigen Dienststellen genauer angesehen und festgestellt: Die vorgesetzten Kollegen beurteilen ausschließlich nach männlichen Maßstäben! Dadurch gehen Kolleginnen häufig mit schlechteren Beurteilungen nach Hause, weil sie zwar ihre Arbeit vor-



**Klara Herrmann in den achtziger Jahren**  
Fotos: privat

bildlich erledigen, aber z. B. unter familienbedingtem Zeitdruck kaum zu Überstunden neigen. An dieser mittelbaren Diskriminierung hat sich bis heute leider nicht viel geändert - in diesem Punkt scheinen die Kol-

leginnen der Frauengruppe auch heute noch vor großen Herausforderungen zu stehen. Deswegen ist es richtig und wichtig, auch bei der Polizei über Entgeltungleichheit zu reden und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der GdP zum Thema zu machen!

sitzende, Sigrig Graedtke und Sibylle Perrot als stellvertretende Vorsitzende sowie Dagmar Meinert als Schriftführerin und Gertrud Stadler als deren Stellvertreterin.

**8.-10.11.1994 – 20. Ordentlicher Bundeskongress in Dresden:** Mit Beginn des Bundeskongresses tritt die 1992 beim Satzungskongress in Braunschweig beschlos-

sene neue Satzung in Kraft. Damit besteht ab sofort die Frauengruppe (Bund).

**9./10.3.1998 – „Frauen Polizei Reformen. Wir gestalten die Zukunft“ – 2. Bundesfrauenkonferenz in Kassel:** Elke Rath (LB Nordrhein-Westfalen) wird als Vorsitzende der Frauengruppe (Bund) im Amt bestätigt. Nach dem Rücktritt von Marion Dix hatte der Vorstand

der Frauengruppe (Bund) ihr diese Aufgabe bereits 1997 übertragen. In den geschäftsführenden Vorstand werden außerdem die beiden Stellvertreterinnen der Bundesvorsitzenden, Sigrig Graedtke und Ruth Dreyling gewählt, sowie die Schriftführerin Monika Pape und ihre Stellvertreterin Brigitte Hummel.

**14.-17.9.1998 – 21. Ordentlicher Bundes-**



# **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

## **Frauengruppe (Bund) empfiehlt eingehende Beratung in den GdP-Gremien**

Die Arbeit in der Polizei stellt hohe Ansprüche und ist mit enormen Belastungen verbunden. Durch Personalnot, Leistungsverdichtung, Überstunden und Arbeitszeitverlängerungen werden auch die Anforderungen im dienstlichen Alltag immer größer.

Gleichzeitig möchten immer mehr Menschen nicht nur beruflich erfolgreich sein, sondern auch ein erfülltes Familienleben genießen. Das gilt für Männer, die sich als Väter immer stärker engagieren, und für Frauen, die sich zunehmend häufiger für den Polizeiberuf entscheiden.

Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit gewinnt daher für Beschäftigte in der Polizei in besonderer Weise an Bedeutung. Dabei ist es wichtig, das Thema weder auf die Perspektive der Kolleginnen zu begrenzen noch auf die Betreuung von Kindern zu reduzieren: Frauen *und* Männer brauchen Zeit und Gelegenheit, ihre Interessen und Bedürfnisse mit dem Beruf in Einklang zu bringen, um Kinder zu erziehen, Angehörige zu pflegen, ehrenamtlich zu arbeiten und vieles mehr.

Damit ist auch klar: Die Forderung nach besseren Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist kein frauenpolitisches Thema – hier geht es vielmehr um die Gleichstellung der Geschlechter in ihrem Anspruch, Familien- und Berufsleben in Einklang zu bringen.

Viele Faktoren beeinflussen die Einschätzung der Beschäftigten, wie gut sich Beruf und Familie vereinbaren lassen. Dazu gehören gesellschaftliche Rahmenbedingungen, rechtliche Regelungen und tarifvertragliche Vereinbarungen genauso wie finanzieller Hintergrund, dienstliche Gegebenheiten und persönliche Situation.

Um die Diskussion zur Vereinbarkeit

von Beruf und Familie in der Gewerkschaft der Polizei anzuregen und die Durchsetzung wichtiger Forderungen gegenüber politischen Entscheidungsträgerinnen und Dienstherren zu fördern, hat

langfristigen strategischen Aufbereitung des Themas für die Arbeit der GdP.

Nach einem informellen Abstimmungsprozess mit den Kolleginnen und Kollegen der Junge Gruppe (GdP) hat der Vor-



**Bei der DGB-Fachtagung „Familienpolitik als gewerkschaftliches Handlungsfeld“ am 11.11.2008 in Berlin betonten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die große Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Beschäftigten. Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung formulierten ihre großen Erwartungen an das Engagement von Gewerkschaften bei diesem Thema.**  
**Foto: Weusthoff**

die Frauengruppe (Bund) einige der wichtigsten Faktoren ausgewählt, aus der Perspektiven der Beschäftigten in der Polizei betrachtet und in einem Positionspapier zusammengestellt – mit dem Ziel einer

stand der Frauengruppe (Bund) auf seiner Sitzung Anfang September beschlossen, diese Positionen den Gremien der GdP mit der Empfehlung zur Beschlussfassung vorzulegen. **Martina Villa**

**kongress in Bremen:** Der zweite FFP der GdP wird beschlossen. Er ersetzt den FFP aus dem Jahr 1990.

**13./14.3.2002 – „Frauen – Europa – Polizei“**  
**3. Ordentliche Bundesfrauenkonferenz in Potsdam:** Anne Müller wird zur Vorsitzenden der Frauengruppe (Bund) gewählt. Ihre Stellvertreterinnen werden Ursula Fendl (LB Bay-

ern) und Martina Filla (LB Nordrhein-Westfalen), weitere Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes werden Petra van Anken (LB Bremen) und Erika Krause-Schöne (Bezirk BGS).

**20.-21.3.2006 – „Frauen – Menschen – Handel(n)“**  
**4. Ordentliche Bundesfrauenkonferenz in Bayreuth:** Sandra Temmen wird Vorsitzende der Frauengruppe (Bund). Im ge-

schäftsführenden Vorstand stehen ihr Martina Filla (LB Nordrhein-Westfalen) und Erika Krause-Schöne (Bezirk Bundespolizei) als Stellvertreterinnen sowie Dagmar Hölzl (LB Baden-Württemberg) und Conny Zimmerling (LB Brandenburg) zur Seite.

**Petra Kühl/Anja Weusthoff**



# Noch immer gibt es die gläserne Decke

**Wer sich seit über 30 Jahren als Gewerkschafterin für die Belange der Polizei einsetzt, wird geradezu automatisch auch mit der sogenannten Frauenproblematik konfrontiert. Elke Gündner-Ede hat in ihrer gewerkschaftspolitischen Arbeit die Frauen- und Gleichstellungspolitik besonders fest im Blick und sie seit gut zwei Jahren auch im Geschäftsführenden Vorstand der GdP in ihrer Zuständigkeit – ein Gebiet, das faktisch auf alle polizeilichen Bereiche Auswirkungen hat. Anja Weusthoff sprach mit ihr über die aktuellen Herausforderungen in diesem Politikbereich.**

**Du hast über dreißig Jahre im Dienst der Polizei hinter Dir – und eine fast genauso lange Zeit bist Du in der Gewerkschaftsarbeit aktiv. Welche Veränderungen sind für Dich im Bereich der Frauen- und Gleichstellungspolitik besonders wichtig?**

Zuerst einmal: Wir sind mehr geworden! Die Zahl der Frauen in Polizei und Gewerkschaft hat sich in den letzten Jahren verviel-

facht – und das hat sich bewährt. Denn diese Entwicklung hat das Klima in der Polizei positiv beeinflusst und vielen Kolleginnen die Möglichkeit eröffnet, in ihrem „Traumberuf“ aktiv zu werden. Aber ich habe auch immer wieder feststellen müssen: Mit dem stetigen Anstieg des Frauenanteils im Dienst und in der Interessenvertretung ging keineswegs ihre gleichberechtigte Teilhabe in Polizei und Gewerkschaft einher. Noch immer gibt es die gläserne Decke, an die junge, qualifizierte Kolleginnen stoßen, wenn sie beruflich Karriere machen wollen. In leitenden Funktionen des gehobenen Dienstes und im höheren Dienst suchen wir oft genauso vergeblich nach Kolleginnen wie auf den höchsten Ebenen der Gewerkschaft. Die Gründe dafür zu identifizieren und Konzepte – wie z. B. das Mentoren-Programm der Niedersächsischen Polizei – zu entwickeln, mit denen wir gegensteuern können, ist eine wichtige Aufgabe der gewerkschaftlichen Frauen- und Gleichstellungspolitik.



**Elke Gündner-Ede, als Tarifbeschäftigte Mitglied im Polizei-Hauptpersonalrat des Landes Niedersachsen, ist seit 2006 im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei u. a. für Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständig.**

**Klara Oelke (geb. Herrmann), eine der ersten bekennenden „Frauen-Frauen“ der GdP, sieht in der Belastung vieler Frauen durch Familienarbeit einen Grund, warum Chancengleichheit in der Polizei noch nicht erreicht ist ...**

Auch ich gehe davon aus, dass mit der Debatte um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein Problem inzwischen erkannt, aber noch lange nicht gebannt ist. Wir müssen in Zukunft einen Schwerpunkt unserer Arbeit darauf legen, die dienstlichen und auch die gewerkschaftlichen Anforderungen so zu verändern, dass sich Beruf, Familie und ehrenamtliches Engagement miteinander vereinbaren lassen. Aufgrund meiner langjährigen, auch sehr persönlichen Erfahrungen, werbe ich aus Überzeugung für dieses Thema – bei Kolleginnen und Kollegen. Denn auch immer mehr Männer wollen „Kind und Karriere“ unter einen Hut bringen – und können damit wesentlich zur Chancengleichheit im Beruf beitragen. Und im Übrigen: Auch aus Untersuchungen wissen wir, das Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Organisation eine Interessenvertretung hinsichtlich der besseren Vereinbarkeit von Beruf & Familie erwarten.

**Und sie setzen auch auf die Durchsetzungsmacht von Gewerkschaften, wenn es um die Gleichstellung von Mann und Frau geht. Das hat eine repräsentative Befragung des DGB ergeben ...**

Das ist auch meine Wahrnehmung. Und dabei geht es nicht nur um Vereinbarkeit und Chancengleichheit sondern ebenso um's Geld. Denn auch im öffentlichen Dienst, auch in der Polizei beklagen sich die

Kolleginnen zu Recht über Entgeltungleichheit. Dabei geht es in der Regel nicht um offene Benachteiligung von Frauen beim Verdienst, wie es sie bei frei verhandelten Gehältern in der Privatwirtschaft geben mag. Im öffentlichen Dienst haben wir es mit einer mittelbaren Diskriminierung zu tun: Sie ergibt sich für Beamtinnen aus den Beurteilungen, die regelmäßig schlechter ausfallen als bei den Kollegen. Solche Beurteilungen ziehen mangelnde Aufstiegschancen und damit auch schlechtere Verdienstmöglichkeiten nach sich. Und bei den Tarifbeschäftigten kennen wir seit Jahren die Ungerechtigkeit der Eingruppierung – wo nämlich gleichwertige Arbeiten, die gleichwertige formale Qualifikationen erfordern, unterschiedlich entlohnt werden. Für beide Statusgruppen müssen wir uns als



**Ende der siebziger Jahre spielte auch die Diskussion um Frauen an der Waffe eine große Rolle. Heute gehören Polizistinnen mit kompletter Ausrüstung zum Alltag – und sind als Ausbilderinnen im Schießtraining im Einsatz.**

**Foto: Püschel**

Gewerkschaft stark machen: Bei den Beamtinnen müssen wir die Beurteilungsmaßstäbe kritisch unter die Lupe nehmen und für Tarifbeschäftigte können wir uns bei den Verhandlungen über die Entgeltordnung des TVöD bzw. TVL einsetzen. Das ist eine große Herausforderung, auf die wir uns als Bund und Länder vorbereiten müssen.





# Festakt zum „25.“



**Elke Gündner-Ede in ihrer Begrüßung: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, faire Karrierechancen und Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst gehören künftig auch auf die Agenda der GdP.**



**Dr. Birgit Schweikert, Leiterin des Referates „Schutz von Frauen vor Gewalt“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, betonte in ihrer Gratulation, wie wichtig das Engagement der GdP-Frauen auf den Gebieten der Häuslichen Gewalt und des Menschenhandels sei.**



**Sandra Temmen, Vorsitzende der Frauengruppe (Bund), machte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum zentralen Thema ihrer Schlussbetrachtungen und forderte die GdP auf, sich dieser Frage verstärkt zu widmen.**



**Großes Interesse fand die Ausstellung über die (gewerkschafts-)politische Frauenarbeit in der GdP.** **Fotos: Püschel**

Stellvertretend für die heute rund 36.000 Frauen in der GdP beging die Frauengruppe (Bund) am 19./20. November 2008 in Berlin das 25-jährige Jubiläum der politischen Frauenarbeit in der GdP.

Die Kolleginnen zogen Bilanz, freuten sich über die erstrittenen Erfolge und diskutierten die aktuellen Herausforderungen gewerkschaftlicher Frauen- und Gleich-

stellungspolitik. Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg gratulierte der Frauengruppe und unterstützte ihr Vorhaben, die noch immer bestehende Benachteiligung von Frauen in der Polizei künftig in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen, um nach den Ursachen für bestehende Ungerechtigkeiten zu suchen – und vor allem nach Lösungswegen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock

beglückwünschte die GdP zu ihrer aktiven Frauengruppe und ermunterte die Kolleginnen, sich aktiv in die DGB-Kampagne „Ich bin mehr wert!“ einzubringen, denn auch im öffentlichen Dienst sei die Entgeltgleichheit von Männern und Frauen noch immer nicht hergestellt.

In ihrem beachteten Festvortrag zum Verhältnis von Männern und Frauen in der Polizei rief Frau Dr. Boglarka Hadinger, Dipl.-Psychologin aus Wien, dazu auf, die unterschiedlichen Sichtweisen und Denkstile beider Geschlechter anzuerkennen und zu nutzen, um gemeinsam die anstehenden Probleme zu lösen. **weust**



# Proteste auf hohem Gewaltniveau

**Die Polizei hat beim Castor-Transport unter enormen Belastungen gute Arbeit geleistet. Sie hat den Spagat zwischen dem Schutz friedlicher Demonstrationen und der konsequenten Verfolgung von Gewalttaten geschafft, bilanziert der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, den Einsatz, an dem sich in diesem Jahr rund 16.000 Einsatzkräfte und ca. 15.000 Demonstranten beteiligten.**

Sorge bereitet der GdP die zunehmende Gewaltbereitschaft militanter Kernkraftgegner. Reisende Gewalttäter haben die Anti-Atomkraftbewegung offenbar als neues Betätigungsfeld für sich entdeckt. Die Krawallmacher würden die Demonstrationen der Kernkraftgegner für Randalen und brutale Übergriffe missbrauchen und „das Problem werde im kommenden Jahr massiv zunehmen, weil der Streit um die Atomenergie durch den Bundestagswahlkampf weiter angeheizt wird“, befürchtet der GdP-Vorsitzende.

Er appellierte an die Politiker aller Parteien, den Streit um die Kernenergie nicht für eigene Zwecke zu missbrauchen. „Wenn hier an der Eskalationsschraube gedreht wird, müssen meine Kolleginnen und Kollegen das im Einsatz ausbaden.“

Der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Niedersachsen und stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut drängt auf ein Konzept zur Endlagerung: „Solange dieses Problem nicht gelöst ist, wird die Region nicht zur Ruhe kommen. Die Castor-Transporte und die Diskussion um Gorleben belasten die Polizei in Niedersachsen seit Jahren bis an ihre Grenzen. Die normale polizeiliche Arbeit kommt über weite Strecken zum Erliegen.“

Die Diskussion um neue Laufzeiten der Atomreaktoren und um eine Festlegung Gorlebens als Endlagerstätte hat den Protesten um die Castor-Transporte zu neuer Blüte verholfen.

Als sich hinter den elf Behältern aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague die Tore des Zwischenlagers in Gorleben schlossen, hatten die mehr als 16.000 Polizistinnen und Polizisten einen kräftezehrenden Einsatz mit zahlreichen Auseinandersetzungen hinter sich. Bis zum Schluss lieferten sich Kernkraftgegner und Polizei ein erbittertes Katz- und Maus-Spiel.

Im Umgang mit den Atomkraftgegnern hätten die eingesetzten Kräfte hohe Professionalität bewiesen. Witthaut: „Die Polizei hat berücksichtigt, dass sich unter den Demonstranten, Kundgebungsteilneh-

mern und den Blockierern viele Kinder, Jugendliche und ältere Menschen befanden. Diese dürfen nicht mit den gewaltbereiten Störer in einen Topf geworfen werden.“

Bereits kurz hinter der französischen Grenze war der Zeitplan für den Transport heftig durcheinandergeraten, nach-

fristig den Einsatz von Wasserwerfern zum Ablöschen notwendig. Wegen massiver Übergriffe auf die eingesetzten Polizeikräfte und Beschuss von Dienstpferden mit Pyrotechnik, war zeitweilig Schlagstockeinsatz unumgänglich. Auch Hubschrauber seien mit Signalmunition beschossen worden. Auf beiden Seiten gab es Verletzte, mehrere Hundert Personen mussten in Gewahrsam genommen werden.

Niedersachsens GdP-Landesvorsitzender: „Uns war klar, dass die aktuelle Diskussion um die Kernenergie den Zulauf und die Aktivitäten ihrer Gegner beim diesjährigen Transport erhöhen wür-



**Atomkraftgegner besetzen am 9.11.2008 einen Schienenabschnitt zwischen Hitzacker und Lüneburg (Kreis Lüchow-Dannenberg). Foto: Kay Nietfeld/dpa**

dem sich drei Personen an die Gleise gekettet hatten und somit die Weiterfahrt des Zuges um zwölf Stunden verzögerten. Im Lauf des Sonntags hatten hunderte Gegner im Wendland erneut versucht, den Transport durch Sitzblockaden, Unterhöhlung des Gleisbetts und brennende Barrikaden aufzuhalten. Auf der Straße zum Zwischenlager ketteten sich erneut zwei Demonstranten an, die erst nach neun Stunden aus einer komplizierten Beton-Stahl-Konstruktion befreit werden konnten. Von einer Brücke über der Bahnlinie seilten sich zwei weitere Atomkraftgegner ab. Kurz vor Mitternacht kletterten drei Demonstranten auf einen der Castor-Behälter.

Brennende Barrikaden machten kurz-

de. Immerhin zählte die traditionelle Demonstration in Gorleben am Samstag rund 15.000 Teilnehmer. Mit großer Sorgen müssen wir auch beobachten, dass die Gewaltbereitschaft des militanten Teils der Kernkraftgegner ebenfalls angestiegen ist.“

Bundesweit waren mehrere Brandstiftungen gegen Betriebseinrichtungen der Deutschen Bahn AG verübt worden. Nach derzeitigen Ermittlungen wurden die Straftaten durch bisher unbekannte Täter auf der Rheinstalstrecke bei Karlsruhe sowie im Bereich Hamburg-Reinbek, Großraum Berlin, Hamm und Wiesbaden begangen. Durch den Einsatz von Brandbeschleunigern führten Schwel- und offene Brände zu erheblichen Sachschäden an

## CASTOR-TRANSPORT



**Bernhard Witthaut, Vorsitzender der GdP-Niedersachsen (l.) und der niedersächsische PHPR-Vorsitzende Martin Hellweg im Gespräch mit dem Leiter des Einsatzabschnitts Aufklärung, Kriminaldirektor Bernd Deutschmann (r.).**

Kabeln für Signal- Funk- und Telefonanlagen. Dadurch mussten die jeweiligen Teilstrecken für die Dauer der Schadenbeseitigung gesperrt werden. Witthaut: „Auch nach dem aktu-



**Auch GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg hat sich ein Bild von der Lage verschafft. Hier beim Besuch der Gesamteinsatzleitung: (v. l.) Friedrich Niehörster (Präsident der Polizeidirektion Lüneburg); Matthias Oltersdorf (Vizepräsident PD Lüneburg); Frank Freienberg aus dem Führungsstab; Reiner Fischer (Gewerkschaftssekretär GdP-Niedersachsen) und Konrad Freiberg (r.). Fotos (2): Rüdiger Holecek**

ellen Transport wird die Region wegen der Debatte um das Endlager in Gorleben nicht zur Ruhe kommen.“

Mit über 16.000 eingesetzten Beamtinnen und Beamten war dieser Castor-Transport einer der größten der vergangenen Jahre. „Vor dem nächsten Einsatz muss geprüft werden, ob die teilweise sehr langen An- und Abfahrtszeiten bestehen bleiben müssen. Fahrzeiten von bis zu vier Stunden vor und nach 12-stündigen Einsätzen müssen bei der künftigen Einsatzplanung stärker berücksichtigt werden.“ Forderte Bernhard Witthaut und kritisierte auch die Einsatzplanung in der Endphase des Transportes: „Dass Kolleginnen und Kollegen teilweise mehr als 30 Stunden ununterbrochen im Dienst sind und einige auch mehr als zehn Stunden nicht versorgt wurden, darf nicht wieder vorkommen.“

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace sorgte mit der Veröffentlichung Strahlenmessungen an den Behältern kurz vor dem Straßentransport für Aufregung. Nach ihren Angaben setzen die neuen französischen Atommüll-Behälter deutlich mehr Neutronenstrahlung frei als die alten Castor-Behälter. Die von den Behältern ausgehende Strahlung sei eigenen Messungen zufolge 40 Prozent höher als beim Castor-Transport 2005. Nach Angaben einer Sprecherin des Eisenbahnbundesamtes in Bonn sind die durch das Gefahrgutrecht vorgegebenen Grenzwerte allerdings eingehalten worden. Dennoch fordert die GdP, dass den Messergebnissen an den neuen Behältern schnellstens nachgegangen wird.

Auch die GdP war mit starken Kräften beim diesjährigen Castor-Transport im Einsatz. Personalräte und Vertrauensleute



## CASTOR-TRANSPORT

aus allen Entsenderländern und allen Ebenen suchten Kolleginnen und Kollegen vor Ort auf, um sich von der Qualität der Betreuung zu überzeugen. Kleinere Anliegen und Probleme konnten so vor Ort geregelt werden. *hol*

*Gemeinsam mit der Jungen Gruppe war auch DP-Mitarbeiterin Johanna Treuber (2. v. r.) mit Jens Berner (2. v. l.) von der Jungen Gruppe im Betreuungseinsatz: „Wir haben unser Team mit einem Flyer bekannt gemacht. Neben dem angebotenen Einkaufsservice fuhren wir im 3-Schicht-System die Einsatzstecke ab, machten bei jedem grünen oder blauen Einsatzfahrzeug halt und boten den Kolleginnen und Kollegen heiße Getränke wie Tee, Kaffee, Cappuccino und Brühe an. Das ist supergut angekommen.*

*Foto: JG*



# Republik Freies Wendland – Republik ohne Recht!?! –

**Am 3. Mai 1980 gründeten Atomkraftgegner die Republik Freies Wendland. Anlass war die bevorstehende Einrichtung des Transportbehälterlagers (TBL o. Zwischenlager) und die Vorbereitung des Atommüllendlagers und damit die Einrichtung des Erkundungsbergwerks (EB). Ziel der Gründungsmütter und -väter dieser Republik war es, das TBL und ein Endlager in Gorleben zu verhindern und den Ausstieg aus der Atomkraft zu betreiben.**

Wie jedes Jahr zum Castor-Transport erfährt die Republik Freies Wendland eine „Wiederbelebung. Dieses Jahr erhielt sie anlässlich des größten „Castor-Transports“ mit 11 Transportbehältern des Typs TN 85 Zulauf und Unterstützung wie schon seit Jahren nicht mehr: 15.000 Demonstranten beteiligten sich an den Protesten in Gorleben. Spekulationen um das Salzbergwerk Asse 2 und Äußerungen z. B. der Bundeskanzlerin zur Rücknahme des Atomausstiegs spielten dabei nicht zu vernachlässigende Gründe für diese Mobilisierung.

Und wie jedes Jahr waren anlässlich des „Castortransports“ wieder tausende Kolleginnen und Kollegen der Polizeien der Länder und des Bundes zur Durchsetzung des Transports im Einsatz.

### Sechs statt vier

Unerklärlich ist es, warum bei einer solchen Einsatzlage mit einem derartigen Erfahrungswissen und mit ausreichender Vorbereitungszeit die Anwendung des

Leitfadens 150 (LF 150) noch immer nicht buchstabengetreu erfolgte.

Warum z. B. werden Kollegen noch immer in sechs-Bett-Zimmern untergebracht (LF 150: Bei mehr als dreitägiger Einsatzdauer maximal vier Polizeivollzugsbeamte in einem Zimmer)?

Fehlende Papierkörbe auf den Stuben nerven genauso wie die fadenscheinige Begründung dafür: in Niedersachsen werde Abfalltrennung durchgeführt und niemand sortiere den Müll dann aus. Mag ja richtig sein, aber es gibt auch für die getrennte Abfallentsorgung geeignete Behältnisse für die Stuben. Es muss nur gewollt sein!

Die Verpflegung war beanstandungsfrei und wurde von den Kolleginnen und Kollegen durchweg gelobt. Ein Verdienst unserer Versorgerinnen und Versorger, an die hier ein herzliches Dankeschön geht.

### Schlafbedürfnis berücksichtigen

Nicht zu akzeptieren sind die nach wie vor zu langen Anfahrtswege zum Einsatz-

ort und zurück. Anfahrtszeiten von 60 bis 120 Minuten – je nach Fahrzeugtyp und Art auch noch länger – sind bei diesen Einsatzzeiten unzumutbar und bedeuten ein erhebliches Gefahrenpotential für unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere KraftfahrerInnen und last but not least die Bevölkerung an der Marschstrecke. Bei einer vorgeplanten(!) Einsatzdauer von 12 Stunden und mehr ist es die Verpflichtung der Polizeiführer und der Einsatzleitung, für ausgeruhte und fahrtüchtige Fahrzeugführer zu sorgen. Hier hilft auch nicht der Hinweis, dass die polizeilich kontrollierten Lenk- und Ruhezeiten für Kraftfahrer im gewerblichen Bereich für die Polizei nicht gelten. Diese Führungsaussage macht niemanden, der die Verantwortung für mitfahrende Kolleginnen und Kollegen trägt munter oder sogar wach. Sie hilft auch nicht der Kollegin oder dem Kollegen, der gegebenenfalls die Todes- oder Verletztennachricht überbringen darf. Hier sind durchsetzungsfähige Polizeiführer gefragt die ihre Halterverantwortung wahrnehmen.

Wer hat der Einsatzleitung eigentlich eingeflüstert, dass Polizeibeamte manipuliert sind und somit kein Schlafbedürfnis haben und grenzenlosen Einsatzbelastungen widerstehen? Regelmäßige Einsatzzeiten von geplanten 12 und deutlich mehr Stunden sind unerträglich und erinnern an Zeiten, in denen Sklavenarbeit noch üblich war. Hier steht die Politik in der Verantwortung für die Zuweisung von aus-



reichendem Personal, das den körperlichen und psychischen Belastungen des Einsatzes gerecht werden kann. Zumal die Politik mit

Einzelndienstes beherrschen die Rechtsanwendung aus dem ef. Sie wissen, dass sie die Verantwortung für Rechtsanwendung

Die Blockade wäre mit den zur Verfügung stehenden Kräften ohne erheblichen Kraftaufwand zu verhindern oder rechtzeitig zu räumen gewesen.

Es muss auch möglich sein, der steigenden Aggressivität und menschenverachtenden Gewaltanwendung durch eine durchgeknallte militante Minderheit (die sich aber bereits vermehrt hat) ein deutliches STOPP entgegen zu setzen. Dadurch wird der Einsatzerfolg mit Sicherheit nicht gefährdet sondern gefördert.

Auch sind die Kolleginnen und Kollegen der Unterstützungskräfte gewillt und in der Lage, das Recht so durchzusetzen, dass die in der Region lebenden und arbeitenden Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst dort auch nach dem Transportende noch versehen können. Unter den Unterstützungskräften werden ebenso Fragen gestellt und die unterschiedlichen Auffassungen zur Kernkraft und dem Atomausstieg diskutiert. Auch hier sind wir nur ein Spiegelbild der Gesellschaft.



Polizeikräfte tragen während einer Sitzblockade auf der Bahnstrecke in Tollendorfeinen Demonstranten von den Gleisen.

Foto: dpa/Marcus Brandt

ihrer stetigen Einflussnahme auf polizeiliche Entscheidungen einen nicht zu verachtenden Einfluss auf das Einsatzgeschehen nimmt und nahm.

### Angemessene Rechtsanwendung

Es belastet die Einsatzkräfte, wenn sie zusehen müssen, wie im Wendland mit Rechtsverstößen umgegangen wird. Wir reden hier nicht von einer Rechtsanwendung um jeden Preis, auch nicht von Maßnahmen zur Rechtsdurchsetzung um den Preis einer unerträglichen Eskalation der Lage. Moderne, einsatzerfahrene Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei und des

(Grundsatz der Verhältnismäßigkeit) um jeden Preis tragen. Es liegt aber auch im Interesse der Polizei, nicht notwendige Belastungen für die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen und damit für den von polizeilichen Maßnahmen Betroffenen durch konsequente Rechtsanwendung so gering wie möglich zu halten. Warum muss die Blockade der Zufahrt zum TBL ermöglicht werden, um anschließend mit hohem personellen Aufwand und körperlicher Schwerstarbeit eben diese Blockade wieder zu beseitigen? 1.500 Blockierer mit einem Bruchteil (gemessen an der Anzahl der Blockierer) von Kolleginnen und Kollegen von der Straße tragen zu müssen, ist eine nicht notwendige Gesundheitsgefährdung.

### Anerkennung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz aller Missstände und Fehler habt Ihr eine super Arbeit hingelegt, dass Ding ist drinnen und auch dass nächste Ding werden wir wieder reinbringen. In der Zwischenzeit wird die GdP mit Hilfe des Bundesfachausschusses (BFA) Bereitschaftspolizei in eurem Sinne arbeiten und die Umwandlung des LF 150 in eine verbindliche Polizeidienstvorschrift forcieren. In diesem Sinne auch ein herzliches Dankeschön an alle Einsatzbetreuer der GdP und Personalräte. Ein ganz besonderes Dankeschön geht an die Betreuer Teams der Jungen Gruppe, die Teile ihres Jahresurlaubs investiert haben und trotz der Steine, die ihnen in den Weg gelegt wurden die Betreuung der Einsatzkräfte durchführten. **Bernhard Schmidt, Vorsitzender des BFA Bereitschaftspolizei**

## Gourmet-Tipps aus der Fünf-Sterne-Küche

**Man nehme: 1,2 Tonnen Kartoffeln, zwei Tonnen Gemüse, 800 Liter Soße ... die Rezepte von Hansi Fritzier für ein einziges Mittagessen eignen sich kaum für eine Kleinfamilie oder einen Single-Haushalt. Es sei denn, man teilt die Zutaten durch 3.000. Auf so viele Esser ist die Großküche der Polizei in der Theodor-Körner-Kaserne im Raum Gorleben eingerichtet. Aber nicht die Menge der hungrigen Mäuler, die es dort zu stopfen gilt, ist für das Team um Hansi Fritzier eine echte Herausforderung, sondern die Polizeitaktik.**

Wie war das noch in familienintakten Zeiten? Wenn um Eins das Essen auf dem

Tisch stand und einer sich verspätete, hing der Haussegen tagelang schief. Während

eines Großeinsatzes hingegen kann kaum jemand pünktlich sein. Lagebedingt treffen die eingesetzten Kräfte oft fünf, sechs oder acht Stunden später ein, oft mitten in der Nacht, erschöpft und mit großem Appetit. Sie wollen nicht lange warten und so schnell wie möglich ins Bett, bis zum nächsten Einsatz. Nicht selten muss das Essen auch ausgeliefert werden, wenn die Kolleginnen und Kollegen aufgrund der Lage überhaupt nicht aus den Stiefeln kommen.

„Der Albraum jeder Küche ist verkoch-





**Hansi Fritzer (r.) und ein Mitarbeiter planen die Verköstigung der Einsatzkräfte.**

tes Essen und unzufriedene Gesichter. Da müssen wir schon genau wissen, was wir kochen und was wir vorhalten“, meint der Hüne mit der Kochmütze, die er regelmäßig vor einer Großlage aufsetzt. Dann verlässt der GdP-Kollege, Hauptkommissar und Personalratsvorsitzende seinen Schreibtisch, sammelt seine Truppen und hat nur ein Ziel vor Augen, das leibliche Wohl der eingesetzten Kräfte. Er entwickelte seine eigene BAO, die im Endausbau rund 80 Kräfte vorsieht, die rund um die Uhr in Aktion sind. Die Kernmannschaft ergänzen



**Einfach rührend: Jede Menge Teig für den großen Hunger.**

dann von der studentischen Küchenhilfe bis zum Bäcker alle, die zu einer guten Küche dieser Größenordnung gehören. Hansi Fritzer schickt seine Versorger auch schon mal als Hospitanten ins Hotel Vier Jahreszeiten oder zu einer großen Kaufhauskette, „... um Anregungen mitzunehmen oder neue Küchenlogistik auszu-

## CASTOR-TRANSPORT

probieren.“ Zuletzt beriet ein Vertreter eines Feinkost-Unternehmens das Fritzer-Team bei der Salatgestaltung und den Dressing-Variationen. Apropos Salat: Allein vier Küchenhilfen sind in 12-Stunden-Schichten mit dem Kleinschneiden von Salat beschäftigt.

Für die inzwischen bundesweit berühmten „Ochsenaugen“ vermengen seine Bäcker 80 Kilo Marzipan, zwei Zentner Mehl und sechs Zentner Zucker. Die Attraktion aus der Backstube sind zweifellos die Mandelhörnchen. Fritzer: „Die 2.500 Stück pro Einsatz erleben das Abkühlen, nachdem sie aus dem Ofen gekommen sind, selten.“

Seine Gäste in dem riesigen Speisesaal, in dem rund 24 Stunden lang Kommen und Gehen herrscht, überrascht Hansi Fritzer mit Einlagen wie dem Schau-Kochen. Hier werden unter aller Augen frische Croissants



**Deftig darf's schon sein.**



**Den Kolleginnen und Kollegen hat es wieder mal geschmeckt.**

gebakken oder abends Hot-Dogs. Morgens zieht der Duft von 6.000 frischgebackenen Brötchen durch den Speisesaal.

Hansi Fritzer, ein Feind von Fast Food und Fertiggerichten („Das Essen muss nicht nur schmackhaft sein, sondern auch gesund“) kommt um Konzessionen bei den

Ernährungsgewohnheiten der jüngeren Kolleginnen und Kollegen nicht ganz herum. Der Grünkohl mit Pinkel, nach niedersächsischem Rezept, wird aber ebenso heiß nachgefragt, wie der „Schimansky-Teller“, Pommes mit Curry-Wurst. Und werden der Küche die Daten gemeldet, können sich Geburtstagskinder mit einem Kuchen überraschen lassen.

In der Küche herrschen Sauberkeit, gute Stimmung und appetitliche Düfte. Hansi Fritzer: „Wir haben das Prinzip des Konfliktmanagements nach innen umgesetzt. Ein gutes Essen serviert zu bekommen, zeugt von Wertschätzung. Das beeinflusst auch das Einsatzverhalten der Kolleginnen und Kollegen.“

**Text und Fotos:: Rüdiger Holecek**



**... und am Ende ist wieder alles strahlend sauber.**



# Der Staat ist wieder mal gefragt

**Die Rolle des Staates und seiner Beschäftigten gewinnt in der aktuellen weltweiten Finanzkrise ungeahnt an Bedeutung. Diese Sichtweise hat der DGB bei seinem Forum für den öffentlichen Dienst am 11. und 12. November in Berlin vertreten. Der Staat als Garant für Sicherheit und ein stabiles Gemeinwesen solle die Macht der privaten Märkte zügeln. Plötzlich scheint es fraglich, ob private Anbieter bisher öffentliche Dienstleistungen und sogar polizeiliche Aufgaben besser erbringen können.**

**Am Image des öffentlichen Dienstes hat dies jedoch nichts geändert, wie in den Diskussionsrunden im Rathaus Schöneberg deutlich wurde. Es bleibt schlecht, obwohl die öffentliche Verwaltung moderner geworden ist und mehr Service bietet. Die Beschäftigten sehen sich zunehmend unter Zeit- und Arbeitsdruck, der sie auch gesundheitlich belastet. Den Veränderungen und ihren Folgen spürten 450 TeilnehmerInnen des 11. Schöneberger Forums unter dem Titel „Der öffentliche Dienst im Wandel – neue Aufgaben, effektive Strukturen, motivierte Beschäftigte“ nach.**



**Das Schöneberger Rathaus in Berlin. Hier bietet der DGB seit 11 Jahren ein offenes Diskussionsforum für die Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts. Einmal jährlich im Herbst lädt er in Kooperation mit der Zeitschrift „Der Personalrat“ zu dieser Tagung ein.**

In Zeiten der Krise ruht alle Hoffnung beim Staat. Wer noch vor einigen Monaten für weniger staatliche Regulierung und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen geworben habe, rufe nun in der weltweiten Finanzkrise nach dem starken Staat, so der Eindruck des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Die alte Frage rücke wieder ins öffentliche Bewusstsein: Wieviel Staat brauchen wir, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten,

also Sicherheit, Bildung, Verkehrswesen oder Energie- und Wasserversorgung zu garantieren? Damit komme auch der öffentliche Dienst wieder in die Diskussion, der bislang als „Negativbeispiel für all das, was schief läuft“ habe herhalten müssen. Sommer bedauerte diese „Vorurteilsproblematik“, die dem öffentlichen Dienst seit jeher anhafte. „Die Beschäftigten haben es nicht verdient, geschmäht und am liebsten abgeschafft zu werden“, kritisierte er. „Für mich ist der öffentliche Dienst gelebter Sozialstaat.“

### Unterschiede im Ansehen

Das Image des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit ist dennoch schlecht. Bei

einer Befragung schätzten sowohl die BürgerInnen das Bild von Beamtinnen und Beamten negativ ein als auch die Beamtinnen und Beamten selbst, sagte Oliver Sartorius. Der Projektleiter Politikforschung bei der Gesellschaft „TNS Infratest Sozialforschung“ stellte die Ergebnisse der Studie bei der Auftaktdiskussion zum Thema „Besser als sein Ruf – der öffentliche Dienst im Spiegelbild der Meinungen“ vor. Demnach sind nur 13 Prozent der StudienteilnehmerInnen der Ansicht, die Mehrheit der Bevölkerung habe ein positives Bild von Beamtinnen und Beamten. Sartorius zufolge unterscheiden sie jedoch sehr stark zwischen Verwaltungsbeamtinnen und -beamten und Beschäftigten der Polizei, Feuerwehr und Justiz, die ein hohes Ansehen genießen.

Mehrheitlich verbinden die Befragten mit dem Beamtenstatus Privilegien wie einen sicheren Arbeitsplatz und die staatliche Pension. Ein Viertel schreibt Beamten Attribute wie Faulheit und Trägheit zu. Befragte mit häufigem Kontakt zu Behörden stellen die Beamtinnen und Beamten jedoch als kompetent, pflichtbewusst und verantwortungsvoll dar. Zwei Drittel bewerten ihren letzten Kontakt mit Behörden als positiv.

Für Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) steht fest: „Das Image des öffentlichen Dienstes war schlecht, ist schlecht und wird schlecht bleiben.“ Es gibt für ihn nicht den öffentlichen Dienst. Sarrazin machte zwar typische Ähnlichkeiten zwischen Behördenstrukturen aus, doch die VertreterInnen im öffentlichen Dienst seien so unterschiedlich wie etwa Bayern und Bremer.

### Öffentlicher Dienst fiel in Misskredit

Nach Ansicht der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock prägt die Erfahrung mit einzelnen Beamtinnen und Beamten das Bild vom öffentlichen Dienst. Selbst wenn Polizisten einen Strafzettel ausstellen, betrachte der Bürger ihr Auftreten als korrekt.

Nach Meinung des Juristen Dr. Ortlieb Fliedner hängt das Ansehen des öffentlichen Dienstes vom Staatsverständnis der BürgerInnen ab. Politikziele wie Privatisierung öffentlicher Aufgaben, Entbürokratisierung und Deregulierung hätten dazu beigetragen, das Recht und den öf-



## 11. SCHÖNEBERGER FORUM

fentlichen Dienst in Misskredit zu bringen. Der Beleg: Zur Begründung der Privatisierungsforderungen habe es geheißen, dass private Dienstleister die Aufgaben besser erledigen könnten als der Staat. Regierungsprogramme zur Entbürokratisierung hätten den Eindruck entstehen lassen, dass Recht und Verwaltung derart schlecht seien, dass sie dauernd entrümpelt werden müssen. Über allen diesen Zielen stand laut Fliedner der Personalabbau unter dem Schlagwort vom „schlanken Staat“. Das habe den BürgerInnen suggeriert, dass

Solidarität und Gemeinsinn wurden jedoch auf dem Altar der Wirtschaftlichkeit geopfert“, beklagte der Anwalt. Eine Debatte über die Aufgaben des öffentlichen Dienstes und das dafür notwendige Personal werde nicht geführt. Fliedner bezeichnete es als „katastrophalen Zug, dass man die öffentliche Sicherheit auf Private verlagert“. Wohnviertel wie in Amerika mit privaten Sicherheitsdiensten möchte er in Deutschland nicht.

Auch Sarrazin sprach sich gegen eine „private Polizei“ aus oder RichterInnen,



viele Staatsbedienstete überflüssig seien. „Der öffentliche Dienst wurde nachhaltig ins schlechte Licht gerückt“, konstatierte der Rechtsanwalt. Er bedauerte, dass die Anstrengungen für einen besseren Service und eine modernere Verwaltung nicht zu einem besseren Ansehen des öffentlichen Dienstes geführt hätten. In den vergangenen zwei Jahren habe sich ein Quantensprung in der Verwaltung ereignet: BürgerInnen können jetzt Formulare aus dem Internet herunterladen und mit Behörden von zuhause aus per E-Mail Dokumente austauschen.

Oliver Sartorius empfahl, die Verbesserungen besser publik zu machen und berichtete von einer Kampagne in Bayern, die um Sympathie für den öffentlichen Dienst wirbt. Ein Zuhörer sah die Schuld am schlechten Image auch bei der Politik. Stellvertretend für diese richtete er an Sarrazin die Aufforderung: „Die Politik muss aufhören, den öffentlichen Dienst schlechtzureden.“ Fliedner forderte Politik und Medien dazu auf, deutlich zu machen, dass ein gut ausgestatteter öffentlicher Dienst für einen gut funktionierenden Sozialstaat notwendig sei. Den Menschen müsse bewusst gemacht werden, dass Staat und Verwaltung zum Beispiel die Bürger schützen und Lebensqualität gewährleisten. „Werte wie

**GdP-Bundsvorsitzender Konrad Freiberg verlangt klare Grenzen für private Sicherheitsdienste. Mit ihm auf dem Podium des Forums zur inneren Sicherheit: Moderatorin Andrea Vannahme und der Wissenschaftler Prof. Hans-Jürgen Lange.**

die auf privater Basis arbeiten. Doch wie viele Leistungen der öffentliche Dienst erbringe, werde immer von den Steuereinnahmen bestimmt und den Gebühren, die den BürgerInnen abverlangt würden. Berlin habe trotz Personalabbaus noch zehn Prozent mehr Beschäftigte als im Bundesdurchschnitt, erbringe aber die gleichen Leistungen.

Steuern und Abgaben seien notwendig, damit der Staat öffentliche Aufgaben finanzieren könne, hielt Sehrbrock entgegen. „Das muss wieder klar sein“, betonte die DGB-Vizevorsitzende, „wir brauchen eine Renaissance des öffentlichen Dienstes“. Innere Sicherheit, Bildung, Gesundheit und zentrale Infrastruktur müssten staatliche Aufgaben bleiben. Wenn eine staatliche Leistung auf private Anbieter verlagert werden soll, müsse eine Aufgabenkritik vorher geklärt haben, ob sie für die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens entbehrlich ist oder nicht. „Es gibt keine Automatik, dass Private alles besser machen.“

### Aufgaben privater Sicherheitsdienste sind nicht klar

Im Falle der Sicherheit von BürgerInnen ist das aus Gewerkschaftssicht sogar vollkommen ausgeschlossen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg betrachtet Sicherheit als Grundrecht der BürgerInnen. Um diese Sicherheit zu gewährleisten, seien sehr oft Eingriffe in das Grundrecht erforderlich, beispielsweise wird die Freiheit bei einer Festnahme eingeschränkt. Diese Eingriffe dürften nur gut ausgebildete und qualifizierte VertreterInnen der Staatshoheit, also Polizistinnen und Polizisten, ausüben, betonte er in der Diskussion zum Thema „Im „Dienst“ für die innere Sicherheit. Hoheitliche Aufgabenwahrnehmung durch Private“.

Das Betätigungsfeld von Sicherheitsfirmen sieht Freiberg im Privatbereich, zum Beispiel dem Schutz privater Güter. Der Gewerkschaftsvorsitzende lehnt es ab, dass deren MitarbeiterInnen beispielsweise Streife in Fußgängerzonen gehen und dabei dem Anschein nach hoheitliche Befugnisse besitzen. Wenn Polizei und Sicherheitsdienste zusammenarbeiten sollen, müsse klar abgegrenzt sein, wofür sie jeweils zuständig sind. Hans-Joachim Adams von der GdP berichtete, dass private Kräfte sich zum Teil die gleichen Rechte wie die Polizei herausnahmen und so Konflikte mit Tatverdächtigen entständen, die dann wiederum die Polizei lösen müsse.

Der Politikwissenschaftler Hans-Jürgen Lange hält ein Gesetz für sinnvoll, das die Kompetenzen des privaten Sicherheitsgewerbes zusammenfasst und Qualitätsstandards festschreibt. „Dann benötigen wir aber auch eine Normierung, was hoheitliche Aufgaben sind“, folgerte der Professor an der Universität Witten/Herdecke. Anstelle einer klaren Abgrenzung von Sicherheitsaufgaben, die private und öffentliche Beschäftigte erbringen, sei eine breite Zwischenzone entstanden, in der sich beide Bereiche vermischen. Demzufolge seien die BürgerInnen zunehmend verunsichert, wozu private Sicherheitsdienste befugt sind. Lange sprach von einem „schleichenden Prozess einer steten Aufgabenerweiterung privater Anbieter“. Nach jüngsten Vorstellungen könnten auch nichtstaatliche Kräfte für bestimmte Formen der Gefahrenabwehr eingesetzt werden, zum Beispiel die Bewachung öffentlicher Einrichtungen. Die am weitesten gehenden Forderungen sehen vor, die Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern zugunsten einer stärkeren Zentralisierung





## 11. SCHÖNEBERGER FORUM

zu verändern und der Europäischen Union mehr Kompetenzen für Polizei und Justiz zuzuschreiben. Auch die Grenzen zwischen Polizei und Militär sollen neu definiert werden, so dass die Bundeswehr innerhalb Deutschlands eingesetzt werden könnte.

### „Polizei für Arme“

Welche Aufgaben der Staat erfülle, sei auch eine Frage der Kosten, merkte Freiberg an. Er befürchtete, dass die Polizei verkleinert werde und dann nur noch dazu da sei, „schnell jemanden festzunehmen“. Für Aufgaben wie Verkehrserziehung oder Gewaltprävention werde kein Geld und keine Zeit mehr bleiben. Die Folge sei eine „Polizei für Arme“, warnte der GdP-Chef. „Denn Reiche kaufen sich Sicherheit“,

unterbunden werden könnte. Es verhindere, dass die Branche um gut ausgebildete Vollzeitkräfte konkurrieren könne und mache es schwer, Qualitätsstandards durchzusetzen.

### An der Grenze der Belastbarkeit

Maximale Leistung bei minimaler Bezahlung – so stellt sich der Wandel im öffentlichen Dienst aus Sicht der Beschäftigten dar. Fast 2,2 Millionen MitarbeiterInnen hat die staatliche Verwaltung nach Angaben des DGB seit 1991 verloren. Auf die übrigen Beschäftigten kommen immer mehr Arbeit und immer neue Aufgaben zu. „Eine Menge hat sich zu Lasten der Beschäftigten verändert“, stellte die DGB-Vizevorsitzende Ingrid Sehrbrock beim Schöneberger Forum fest. Daher sieht sie

der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) die Anfälligkeit für Krankheiten. Unabhängig vom Alter sehen sich einer Studie der BAuA zufolge 18 Prozent der Befragten dauerhaft an ihrer Belastungsgrenze. „Klassische Belastungen“ wie Lärm oder Lastentragen seien keineswegs verschwunden, sagte Beermann. Hinzu kämen völlig neue Beeinträchtigungen, etwa durch die Arbeit in Call-Centern und mit E-Mail-Programmen. Die Beschäftigten klagten über erheblichen Termin- und Leistungsdruck, durch den psychische Erkrankungen zunehmen. „Wir werden alle immer mehr zu Multiple-Task-Managern“, sagte Beermann. Auch zusätzliche Führungsaufgaben bedeuteten zusätzliche Belastungen ebenso wie die Arbeitszeiten: Trotz tariflicher Vereinbarungen liege die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst „oft deutlich über 40 Stunden“. Rund 16 Prozent arbeiten bis zu 60 Stunden pro Woche.

Obwohl sich die MitarbeiterInnen überfordert fühlen, ist Beermann zufolge die Identifikation mit der Arbeit und dem Arbeitgeber relativ hoch. Über 80 Prozent schätzten ihre Tätigkeit als wichtig ein. „Diese Sinnhaftigkeit ist nicht unerheblich, um die Arbeit gerne zu tun“, bemerkte Beermann. Doch das Potenzial werde nicht hinreichend gefördert, um eine größere Zufriedenheit der Beschäftigten zu erreichen.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) bemüht sich mit ihrer Personalpolitik, die Beatrix Behrens vorstellte, bereits um eine stärkere Wertschätzung der MitarbeiterInnen. Wie die Leiterin der Personalpolitik erklärte, hinterfragt das Konzept, für welche Werte die Organisation stehe und welche Erwartungen die Beschäftigten an den Arbeitgeber richten. Um MitarbeiterInnen zu binden, bedürfe es mehr als monetärere Anreize, sagte Behrens. Sie sprach von einem „psychologischen Vertrag“. Arbeitgeber sollen Motivation und Arbeitszufriedenheit stärken. Sie müssen sich darüber bewusst sein, welches Wissen sie mit einem Mitarbeiter verlieren, der ausscheidet. Das Personalkonzept der BA berücksichtigt auch die zunehmend älter werdende Belegschaft. Es richtet sich an den Lebensphasen aus und fördert auch Karrieren in der zweiten Lebenshälfte. Die Behörde stellt über 50-Jährige ein und achtet verstärkt auf Gesundheitsförderung. Eine älter werdende Belegschaft sei keine Belastung, betonte Behrens. „Ältere Beschäftigte haben eine hohe Innovationskraft. Abnehmende Leistungsfähigkeit gleichen sie durch Erfahrung aus.“

**Barbara Haas**



**Diskutieren über das Image des öffentlichen Dienstes (v.l.): Forscher Oliver Sartorius, Rechtsanwalt Dr. Ortlieb Fliedner, Moderatorin Petra Schwarz, Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin und die DGB-Vizevorsitzende Ingrid Sehrbrock. Fotos: Renate Stiebitz**

meinte er. Wer Geld habe, alarmiere zuerst seinen privaten Schutzdienst. „Wir wollen aber eine Polizei für alle Bürger sein“, betonte Freiberg, „und wir wollen auch kontrolliert werden von der Justiz“. Das schütze vor Missbrauch, und es unterscheide die Polizei „von allen anderen, die nur Geld verdienen wollen“.

Einer der Zuhörer ging davon aus, dass in zehn bis 15 Jahren unterschiedliche Polizei- und Sicherheitsstandards in den Bundesländern vorherrschen. Den Grund sieht er in der Föderalismusreform, die beispielsweise die Zuständigkeit für die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten vom Bund auf die Länder übertrug. Der Tagungsteilnehmer zeigte sich überzeugt, dass Unterschiede, die bereits bei den Beamtenlaufbahnen und der Bezahlung bestehen, zunehmen werden.

Langes Ansicht nach sollte für die private Sicherheitswirtschaft geprüft werden, wie „das zum Teil krasse Lohndumping“

die Dienstherrn in der Pflicht, für Arbeitsbedingungen zu sorgen, die Menschen gesund erhalten und es ihnen ermöglichen, ihre Aufgaben motiviert bis zum Eintritt in den Ruhestand auszuüben. Die mit der Dienstrechtsreform vorgesehene längere Arbeitszeit bis zum 67. Lebensjahr sei der falsche Weg. Der DGB kämpft dafür, die Anhebung des Pensionsalters um zwei auf 67 Jahre rückgängig zu machen. Sehrbrock setzt darauf, zumindest Regelungen zu schaffen, die einen früheren Eintritt in den Ruhestand ohne Abschläge bei der Altersversorgung ermöglichen.

Aus der Altersverteilung im öffentlichen Dienst ergibt sich laut Dr. Beate Beermann ein „erheblicher Handlungsbedarf“, um die Leistungsfähigkeit der MitarbeiterInnen zu erhalten. Die Hälfte der Beschäftigten ist älter als 45 Jahre, ein Drittel über 50 Jahre alt. Mit dem Alter steigt nach den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Direktorin in



# MODERNER STAAT 2008

**Anfang November 2008 fand ein weiterer Kongress „MODERNER STAAT“ in Berlin statt, der durch eine Fachmesse begleitet wurde. Mit 3.620 Besuchern und 213 ausstellenden Unternehmen unterstrich MODERNER STAAT 2008 erneut seine Position als bundesweit wichtigster Treffpunkt für die öffentliche Verwaltung.**

Wie ein roter Faden zog sich der demografische Wandel als treibende Kraft für die künftige Entwicklung der öffentlichen Verwaltung bis ins Jahr 2020 hindurch. Er bringt tief greifende Änderungen für die öffentliche Infrastruktur und das Personal der Verwaltung mit sich: Das Potenzi-

Allein der Kongress beleuchtete in insgesamt 31 Foren die aktuellen Entwicklungen, stellte Praxisbeispiele vor und gab konkrete Handlungsempfehlungen. Kongresspartner von MODERNER STAAT 2008 waren das BMI, die KGSt (Kommunal-

Das Land Hessen, das in diesem Jahr offizielles Partnerland der Messe war, stellte den HessenPC vor. Dabei handelt es sich um einen landesweit einheitlichen Verwaltungsarbeitsplatz. Mit ihm hat Hessen die Plattform für eine einfache und einheitliche Bedienung von zentralen Verfahren geschaffen.

Ob demografischer Wandel, leistungsorientierte Bezahlung oder neue Fortbildungskultur – das Thema Personalmanagement bekam auch auf MODERNER STAAT eine immer größere Bedeu-



al der Erwerbspersonen wird aufgrund sinkender Geburtenzahlen abnehmen; die Mitarbeiter in der Verwaltung werden immer älter. 2007 war rund ein Viertel der Beschäftigten im höheren Dienst 55 Jahre und älter. Das Thema Führungskräfteerwerbung werde also verstärkt an Bedeutung gewinnen, so ein Referent. Lange unterschätzt worden sei auch das Thema Personalentwicklung als wichtiger Erfolgsfaktor. Neue Personalkonzepte würden nicht zuletzt darüber entscheiden, ob der öffentliche Dienst auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber bleibe.

Im Rahmen der Messe stellte die PROGNOSE AG den Zukunftsreport MODERNER STAAT vor. Diese Studie beschreibt die wichtigsten Probleme und Handlungsfelder der öffentlichen Hand im Jahr 2020. Sie verdichtet die Prognosen und Vorstellungen ausgewählter Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zur Zukunft der öffentlichen Verwaltung. Globalisierung und Europäisierung, moderne Technologien, neue Dialogformen, Demografie und Personalentwicklung und nicht zuletzt die Finanzsituation sind dabei wichtige Herausforderungen für die Zukunft. Im Internet ist die Studie abrufbar unter:

[www.prognos.com](http://www.prognos.com)

Mehr als 200 Referenten und 100 Veranstaltungen wurden im Rahmenprogramm der Messe angeboten.



Biometrisches System z. B. für Zugangskontrollen

Foto: Reed Exhibitions Deutschland GmbH

nale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) und die DHV (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften) Speyer.

Top-Themen auf MODERNER STAAT 2008 waren neben dem Projekt D115 (eine einheitliche Behördenrufnummer), die Doppik (die Abkürzung steht für die **DOPPELte** Buchführung in Konten), Neuigkeiten aus den Projekten von Deutschland-Online sowie die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Vom einheitlichen Ansprechpartner bis zu den technologischen Voraussetzungen – die EU-Dienstleistungsrichtlinie berührt auch die Themenbereiche Personalmanagement und E-Government (regieren und verwalten mit Unterstützung von Informations- und Kommunikationstechniken).

Wie sehr das Thema Personal die öffentliche Verwaltung in den nächsten Jahren fordern wird, zeigten neben zahlreichen Ausstellern auch die Referenten aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft im Kongressprogramm.

Allerdings fragte ich mich irgendwann, ob die Messe von der Modernisierung unseres Staates handelt oder eher von einem fiktiven Staat. Warum sonst wurden intensivst englische Begriffe gebraucht, für die es in Deutschland ganz sicher auch die richtigen Worte gibt. Diese Frage blieb undiskutiert.

So hat Staatssekretär Dr. Beus als Schirmherr des bundesweiten „Shared Services Wettbewerbs“ die besten Dienstleistungszentren in der öffentlichen Verwaltung ausgezeichnet. Aha.

Horst Müller



# Auf Abstand, Clowns!

– Versammlungsrechtliche Anordnungslage im Zusammenhang mit der Großdemonstration gegen die angebliche Lagerung von Atomwaffen am Standort der Bundesluftwaffe in Büchel am 30.8.2008

**Mit der „Rebel Clowns Army“ muss bei größeren Protestaktionen zunehmend gerechnet werden. Sie war u. a. beim G 8-Gipfel und jüngst beim Castor-Transport unterwegs. Wer sich zum Protest-Clown machen will, nimmt z. B. an Clowns-Workshops teil, in denen „... lernst Du deinen inneren Clown kennen, die Taktiken der Dummheit einzusetzen und die Mittel der Direkten Aktion mit den uralten Techniken der Clownerie zu verbinden und damit gegen Ignoranz, Herrschertum und Unterdrückung ins Feld zu ziehen.“ Die Sache hat nur den Haken, dass die eingesetzten Sicherheitskräfte durch die Pappnasen zunehmend in der Ausübung ihrer Aufgabe beeinträchtigt werden – auch wenn die Clowns ohne Gewalt auskommen wollen.**

**Zeit zur Gegentaktik also. Im Vorfeld der Großdemonstration gegen die angebliche Lagerung von Atomwaffen am Standort der Bundesluftwaffe in Büchel am 30.8.2008, hat die PD in Koblenz daher entsprechende Auflagen erarbeitet.**

Fliegerhorst in Büchel im vergangenen Sommer erneut in den Fokus der aktuellen Medienberichterstattung gerückt. Anlass war eine Studie der renommierten Federation of American Scientists (FAS), wonach am Standort der Bundesluftwaffe in Büchel nicht die zur sicheren Lagerung von Atomwaffen erforderlichen Mindeststandards erfüllt würden.

Der Fliegerhorst Büchel beheimatet nach wie vor das einzige Jagdbombergeschwader (JaboG 33) der Bundesluftwaffe, deren fliegende Staffeln für Trägersysteme zum Einsatz von Nuklearwaffen geeignet wären. Den Atomwaffengegnerinnen und -gegnern nach manifestierte sich in der angenommenen Lagerung von Atomwaffen in Büchel, die mit Trägersystemen der Bundesluftwaffe eingesetzt werden könnten, eine fortgesetzte Verletzung des Atomwaffensperrvertrages (NVV), den Deutschland am 28. November 1969 unterzeichnet hat.

In der Folge hat sich diese Kritik nicht nur verbal, sondern auch in Gestalt von Aufzügen und Kundgebungen am Fliegerhorst Büchel entladen. Die Bewegung erreichte 1997 ihren Höhepunkt, als der Sicherungszaun um das Militärgelände überwunden wurde und es 24 Friedensaktivisten gelang, in den militärischen Sicherheitsbereich einzudringen. In den folgenden Jahren konnten sich die Protagonisten dem politischen Bedeutungsverlust der Friedensbewegung nicht entziehen. Fortan blieb die Mobilisierung selbst

Bekunden durch erfolgreiche Eindringversuche den Nachweis einer nur lückenhaften Sicherung des „Atomwaffenstandortes“ Büchel führen. Der daraus resultierende Handlungsdruck sollte die Bundesregierung und ihre Bündnispartner dazu veranlassen, alle noch in Büchel vermuteten Atomwaffen abzuführen.

Dadurch wurde die Verbandsgemeinde Ulmen als zuständige Versammlungsbehörde erstmals und unerwartet mit einer Versammlungslage in bisher nicht gekannter Dimension konfrontiert. Dieser Umstand machte Beratung und Unterstützung durch die Polizei auch bei der Gestaltung des versammlungsrechtlichen Be-



**Demonstration vor dem G 8-Gipfel. Was wirklich aus den „Wasserpistolen“ verschossen wird, ist ungewiss.**

in den eigenen Reihen vergleichsweise erfolglos. Durch die besagte Studie der FAS haben die Atomwaffengegnerinnen und -gegner schlagartig neuen Auftrieb erfahren.

Mit Blick auf das Demonstrationsgeschehen war bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt erkennbar, dass die Mobilisierungskampagne durch die öffentliche und mit Schärfe geführte Lagerdiskussion bisher nicht erreichte Ausmaße annehmen würde. Zeitweise wurde auch polizeilicherseits mit mehreren Tausend Aktivistinnen und Aktivistinnen am Hauptaktionstag gerechnet. Die Atomwaffengegnerinnen und -gegner wollten nach eigenem

scheids erforderlich. Dies geschah unter Beteiligung der Abteilung Polizeiverwaltung des Polizeipräsidiums Koblenz.

### Die „Rebel Clowns Army“ kündigt sich an

Zu unser aller Überraschung verdichteten sich in der Aktionswoche (23. bis 29.8.2008), also zu einem Zeitpunkt, als der versammlungsrechtliche Bescheid im Entwurf bereits vorlag, die Hinweise darauf, dass die „Rebel Clowns Armee“ zur Großdemonstration am 30.8.2008 nach Büchel anreisen würde.



## DEMONSTRATIONEN

Über die von dieser Gruppe vorgetragenen Aktionsformen lagen zu diesem Zeitpunkt folgende Erkenntnisse vor:

„Die Menschen treten unter der Maske des Clowns in Gruppen auf. Ihr Ziel ist es, durch teilweise akrobatische Einlagen, vor allem aber durch Distanzunterschreitung, Nachäffen und durch ständiges kindlich-naives Einreden, die dadurch verunsicherten Einsatzkräfte lächerlich zu machen, um so die Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen. Das fortwährende Fotografieren und Filmen dieser Situationen soll zu einer zusätzlichen Unsicherheit bei den eingesetzten Kräften führen. Die Bilder werden dann über die Medien in alle Welt gestreut. „

Ferner wurde bekannt, dass Angehörige der Rebel Clowns Army im Zusammenhang mit Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm etliche Polizeikräfte mit einer Flüssigkeit aus Wasserpistolen beschossen. Es war unklar, ob von dieser Flüssigkeit eine Gefahr für die Gesundheit ausging. Zumindest war eine solche Gefahr zunächst nicht auszuschließen. Außerdem werden von den Clowns mit Vorliebe auch Staubwedel gegen Polizeikräfte eingesetzt. Getreu dem Motto: „Unter den Talaren, der Staub von 1.000 Jahren“ werden damit die Uniformen der Einsatzkräfte „entstaubt“.

### Die Auflagen

Diese Erkenntnisse machten eine entsprechende Anpassung der Anordnungslage erforderlich. Darin waren sich alle Beteiligten einig. Die hierfür zur Verfügung stehende Reaktionszeit war allerdings denkbar knapp, zumal auf einschlägige, von der Rechtsprechung oder aus der Literatur entwickelte Musterverfügungen nicht zurückgegriffen werden konnte. Die Frage war also, wie die Auflagensituation zu gestalten ist, damit einem effektiven Grundrechtsschutz einerseits und dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung andererseits gleichermaßen Rechnung getragen werden konnte. Im

### Ergebnis sind folgende Auflagen entstanden:

**1.** „Das Mitführen von Wasserpistolen, Sprühgeräten Pumpen oder sonstigen Gegenständen, die geeignet sind, Polizeibeamte mit Seifenlaugen, Säuren oder anderen Flüssigkeiten zu bespritzen wird untersagt.“

#### Begründung zu 1:

Für die eingesetzten Polizeikräfte ist im Vorfeld nicht erkennbar, ob und in wel-



Mit Clownerien und infantilem Gebaren versuchen die Clowns, auch die Einsatzkräfte lächerlich zu machen. Fotos (2): ddp

chem Umfang der Kontakt mit freigesetzten Flüssigkeiten zu Gesundheitsgefahren führt. Das Verspritzen, Versprühen oder sonstige Freisetzen von Flüssigkeiten bei oder im Zusammenhang mit einer Versammlung begründet daher einen Gefahrenverdacht, der die Polizei zum Einschreiten verpflichtet. Bei der verdachtsweise bestehenden Gefahr handelt es sich um eine solche, die bedeutende Individualrechtsgüter Rechtsgüter und den friedlichen Fortgang der Versammlung unmittelbar bedroht. Vor diesem Hintergrund ist die Polizei zum Einschreiten gegen den Verhaltensstörer verpflichtet, bis feststeht, ob und in welchem Umfang die Gefahr tatsächlich besteht.

Die Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer werden dadurch in ihrer Grundrechtsausübung nach Art. 8 GG gestört. Ferner besteht die Möglichkeit, dass die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten aufgrund dieser Scheingefahr abgelenkt werden, sodass ein effektiver Schutz der Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer beeinträchtigt bzw. verhindert wird. Außerdem setzen sich die Störerinnen und Störer – bis zur Klärung der Lage- einer Gefahr für ihre körperliche

Integrität aus. Im Sinne eines effektiven Grundrechtsschutzes und zwar sowohl für die Versammlungsfreiheit als für bedeutende Individualrechtsgüter dürfen daher keine Gegenstände mitgeführt werden, von denen Scheingefahren ausgehen, die vermeidbare Eingriffsmaßnahmen nach sich ziehen.

**2.** „Teilnehmer, die in der Aktionsform der Rebel Clowns Army auftreten und diese Aktionsform anwenden, ist es untersagt, die Einsatzkräfte zu behindern. Es ist Ihnen insbesondere untersagt, sich den Einsatzkräften weiter als bis auf drei Metern zu nähern.“

**3.** „Versammlungsteilnehmer haben Weisungen der Polizeibeamten, mit denen die Wahrung eines Mindestabstandes zu Personen und Einsatzmitteln verlangt wird, zu befolgen.“

#### Begründung zu 2 und 3:

Die „Rebel Clown Army“ ist eine Aktionsform, die bereits während des Castor-Einsatzes 2006 im Wendland angewandt wurde. Einsatzkräfte werden bei den unter dem Begriff „Rebel Clown Army“ bekannten Aktionsformen an der Wahrnehmung ihrer durch das Gesetz übertragenen Aufgaben insbesondere durch tatsächlichen und angetäuschten Körperkontakt vorsätzlich behindert.

Im Falle einer solchen Behinderung besteht die Gefahr, dass Einsatzkräfte weder die Grundsätze der Eigensicherung einhalten noch die unter dem Schutz des Art. 8 GG stehenden Versammlungsteilnehmer begleiten. Vorliegend bestehen konkrete Anhaltspunkte dafür, dass Teilnehmer in der Aktionsform der „Rebel Clown Army“ auftreten und diese Aktionsform anwenden werden.

Gerade im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Schutz derjenigen, die zu Fuß den Flugplatz umrunden, ist es jedoch erforderlich, Behinderungen, die in der o.g. Aktionsform stattfinden, zu unterbinden. Die Anwendung der unter dem Namen „Rebel Clown Army“ genannten Aktionsformen stellt vorliegend eine unmittelbare Gefahr für den Schutz der angemeldeten Versammlung dar.

Die unter dem Schutz des Verfassungsrechts stehende Versammlungsfreiheit gebietet es, der durch diese Aktionsform hervorgerufenen Gefahr, dass die Einsatzkräfte die angemeldete Versammlung nicht im erforderlichen Maße schützen können, durch die o.g. Auflage zu begegnen. >





## DEMONSTRATIONEN

### Gefährdet ist die öffentliche Sicherheit in mehrfacher Hinsicht:

a) Zum einen ist die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet, weil durch Teilnehmer, die in der Aktionsform der „Rebel Clown Army“ auftreten und diese Aktionsform anwenden die Einsatzkräfte gehindert werden, ihre durch das Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

b) Zum anderen ist die Versammlung selbst in Gefahr durch die Behinderung der ihrem Schutz dienenden Einsatzkräfte. Der Grund für das o.g. Näherungsverbot liegt darin, dass der militärische Bereich geschützt werden muss. In dem zwischen dem Umrundungsweg und dem Zaun liegenden Bereich dürfen die Einsatzkräfte nicht behindert werden. Dies ist insbesondere von Bedeutung aufgrund der Tatsache, dass konkrete Anhaltspunkte für beabsichtigte Go-in-Aktionen vorliegen (vgl. Internetseite).

c) Darüber hinaus ist zu besorgen, dass die eingesetzten Polizeikräfte durch die stehgreifartige Annäherung derart in ihrer Amtsausübung gestört werden, dass ein konsequenter Schutz militärischer Bereiche nicht oder nur unter deutlich erschwerten Umständen gewährleistet werden kann. Dies gilt auch und vor allem dann, wenn ad hoc vorgetragene Go-in-Aktionen verhindert werden sollen. Vor diesem Hintergrund ist die Verhinderung einer so getarteten Annäherung oberste Behördenpflicht.

Das Näherungsverbot beginnt ab einer Unterschreitung von drei Metern, denn unterhalb dieser Distanz ist es nicht mehr gewährleistet, dass sich die Einsatzkräfte sichern können (Eigensicherung). Aus Gründen der Eigensicherung wären weiterhin fünf Meter erforderlich. Im Rahmen des Kooperationsgespräches wurde, aus Gründen der Deeskalation und der Bereitschaft, guten Willen zu zeigen, der gewählte Abstand von fünf auf drei Meter verkürzt. Dieser Mindestabstand ist für den Schutz der eingesetzten Kräfte unabdingbar und kann nicht weiter verkürzt werden. Aus diesem Grunde erstreckt sich der Mindestabstand auch auf mitgeführte Gegenstände (z. B. Staubwedel).

Daher sind auch keine milderen Mittel zur Abwehr dieser Gefahr geeignet. Trotzdem werden die kollidierenden Interessen, die vorliegend der ungestörten Ausübung der Kunstfreiheit einerseits und in der ungestörten Amtsausübung von Hoheitsträgern zum Schutz der Versammlungsfreiheit andererseits bestehen, im Lichte praktischer Konkordanz angemessen ausgeglichen.

4. „Kleidungsstücke, die geeignet sind, die Identität zu verschleiern, dürfen nur dann getragen werden, wenn dadurch keine dem Friedlichkeitsgebot entgegenstehende Wirkung erzeugt wird.“

„Eine dem Friedlichkeitsgebot entgegenstehende Wirkung wird insbesondere dann erzeugt, wenn die Aufmachung ausschließlich auf Verschleierung der Identität bei oder im Zusammenhang mit bevorstehenden Ausschreitungen abzielt. Das gleiche gilt für Verdeckungen oder Verfremdungen der Gesichtspartie durch Maskieren und Schminken. Das Tragen gleichartiger Kostüme und Verkleidungen als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung ist verboten, es sei denn, die Aufmachung wird als künstlerisches Mittel zur Meinungskundgabe eingesetzt.“

### Begründung zu 4:

Nach den Gesetzesmaterialien werden als „Aufmachung“ alle Mittel zur Unkenntlichmachung, wie z. B. Kostümierung, Verkleidung, Maskierung, Bemalung, Kopfbedeckung usw. angesehen (Bericht BTDrucks. 10/3580 S. 4), wobei auch das entsprechende Tragen üblicher Kleidungsstücke (Schals, Hals- u. Kopftücher, Mützen) ausreichen kann (vgl. Amelung StV 1989 72, 74). Eine derart weite Auslegung stellte allerdings auch alle Aktionen unter Strafe, bei denen die Unkenntlichmachung als künstlerisches Mittel zur Meinungskundgabe eingesetzt wird. Aufmachungen, die objektiv dazu geeignet sind, die Identität zu verschleiern, werden deshalb nur dann verboten, wenn konkrete, tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass die Identitätsverschleierung einen unfriedlichen Versammlungsverlauf fördern soll.

### Die Taktik

„Das Recht dominiert die Taktik“. Dieser mit Verfassungsrang ausgestattete Grundsatz für das polizeiliche Einschreiten gilt auch und vor allem bei Versammlungslagen.

Mit Hinweis darauf kommt der Verzahnung von polizeitaktischer Notwendigkeit und versammlungsrechtlicher Erforderlichkeit eine nicht zu unterschätzende Bedeutung bei. Als besonders förderlich hat sich dabei die enge Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Abteilungen des einsatzführenden PP Koblenz erwiesen. Diese enge Kooperation hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Vorschläge mit Anregungen zur Ausgestaltung der Bescheide (Protestcamp, Demonstrationsveranstaltungen vom 24. bis 30.8.08 sowie Abschlussveranstaltung und Benefiz-Konzert am 31.8.08) innerhalb von nur 24 Stunden lage-



Distanz ist für die Eigensicherung der Einsatzkräfte nötig. Foto: dpa

angepasst erarbeitet werden konnten. Hierbei wurden die Vorschläge für die Auflagen in Bezug auf die „Rebel Clowns Army“ entwickelt. Nach unseren Erkenntnissen gab es diesbezüglich bisher keine entsprechenden Ansätze.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die o. a. Auflagen zum erfolgreichen Verlauf des Polizeieinsatzes beigetragen haben. Die Gestaltung der Anordnungslage hat auf beiden Seiten Rechts- und Handlungssicherheit erzeugt. Unbestritten ist allerdings auch, dass die Restriktionen für die „Rebel Clowns Army“ ein hohes Prozessrisiko bergen. Ich gehe daher davon aus, dass die Verwaltungsgerichte sehr bald mit den hier beschriebenen Aktionsformen konfrontiert werden. Bis dorthin stellen die Aktionsformen der „Rebel Clowns Army“ auch weiterhin eine versammlungsrechtliche Herausforderung dar. Für diesbezügliche Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zu Verfügung.

**Regierungsdirektor Martin Melzer,  
Leiter der Abteilung Polizeiverwaltung  
des Polizeipräsidiums Koblenz**



## PTBS – Anerkennung verweigert

Gegen den Bescheid des Landes Rheinland-Pfalz, der einem ehemaligen Kripo-Beamten, der heute in Folge einer hoch belastenden beruflichen Tätigkeit an einer manifesten posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) leidet, den dienstunfallrechtlichen Schutz verweigerte, hat die GdP geklagt. In dem Musterverfahren, das vor dem Verwaltungsgericht Mainz und in letzter Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht Koblenz geführt wurde, schlossen sich die Richter den Argumenten des Klägers nicht einmal ansatzweise an.

Aufgrund der Sonderstellung von Beamten – für die das Sozialgesetzbuch (SGB) VII. Teil nicht gilt, da sie unter dem Dach der staatlichen Fürsorge ihres jeweiligen Dienstherrn stehen – ist die nach dem zitierten SGB erlassene Berufskrankheiten-

verordnung (BKV) nicht anwendbar. Damit steht die so genannte Experimentierklausel nicht zur Verfügung, die es den Berufsgenossenschaften und Unfallkassen erlaubt, Krankheiten zu entschädigen, die (noch) nicht in die Anlage der BKV aufgenommen wurden. Der starre Verweis aus dem Versorgungsrecht für Beamte auf die Anlage der BKV ist damit ein untaugliches Mittel, da dort die PTBS nicht aufgeführt ist. Somit gehen Beamte nur wegen ihres Status hier leer aus. Die Richter argumentierten in beiden Instanzen so, dass ein Beamter aufgrund der Fürsorge seines Dienstherrn nicht in Not geraten könne. Sie beriefen sich auf einen Leitsatz des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 1997 und stellten dabei in einer von uns nicht nachvollziehbaren Weise fest, dass Polizisten kein

erhöhtes Risiko für eine Erkrankung an einer PTBS trügen, als andere Beschäftigte. Um eine solche Gefahrenerhöhung zu begründen hätte der Kläger entsprechende gutachterliche Beweise vorlegen müssen.

Die Richter ließen nicht einmal die Vorlage des Verfahrens an das Bundesverwaltungsgericht zu und befanden darüber hinaus, dass auch keine europarechtlichen Bedenken bestünden, da eine Diskriminierung des Beamten gegenüber anderen Beschäftigten nicht erkennbar gewesen wären.

Damit wird wieder einmal klar, dass der oft zitierte Satz hinsichtlich des Unterschieds Recht zu haben und Recht zu bekommen, durchaus seine Berechtigung hat.

Nichts desto trotz wird sich die GdP weiterhin für die Anerkennung solcher Krankheiten einsetzen. Nur deshalb, weil ein Interventionsweg (vorerst) nicht begehbar zu sein scheint, bedeutet dies noch lange nicht, dass alle anderen Wege ebenfalls blockiert sind.

**Hans Jürgen Marker**  
**AZ: 2A10264/08OVG**



## 2. Landeskinderschutzkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern

**Das Interesse am traurigen Thema Kindesmisshandlung wächst. In Mecklenburg-Vorpommern fand im vergangenen Jahr die 1. Kinderschutzkonferenz des Landes statt – Impuls u. a. für ein inzwischen messbares Ergebnis: Die Kinderschutzhotline. Aber auch für die so notwendigen Informationen zum Thema und zur Vernetzung aller zuständigen Stellen, Behörden und Ämter. Im vergangenen Jahr nahmen rund 500 Polizeibeamte, Erzieher, Pädagogen, Mediziner, Staatsanwälte, Richter, Gerichtsvollzieher u. a. Professionen teil. In diesem Jahr waren es über 800, die sich in der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow trafen.**

Dass nicht nur durch den tragischen Tod von Lea-Sophie aus Schwerin ein mentaler „Ruck“ durch das Land gegangen ist, wurde u. a. durch die Teilnahme der höchsten Repräsentanten des Landes, der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und des neu gewählten Ministerpräsidenten Erwin Sellering an der Konferenz deutlich. In seinem Grußwort hob Ministerpräsident Sellering den hohen Stellenwert des Kinderschutzes in Mecklenburg-Vorpommern hervor und versicherte allen Akteuren seine Solidarität und Unterstützung. Bei allem



**Der Landesverband der Deutschen Kinderhilfe hat ein Pilotprojekt im Landkreis Güstrow gestartet. Vorsitzender Rainer Becker: „Wir haben Schlüsselanhänger mit der Kinderschutzhotline herstellen lassen, die mit Unterstützung der Jugendämter an Kita-Erzieher, Lehrer, Gerichtsvollzieher, Hausmeister und Handwerker der Wohnungsgesellschaften, die häufiger mit Kindern Kontakt haben, verteilt werden.“**

bewertung an das jeweils örtlich zuständige Jugendamt zur weiteren Bearbeitung geleitet. Seit Februar hatte es auf diesem Wege neben etlichen Beratungsgesprächen bis November rund 280 Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen gegeben, die über 460 Kinder betrafen.

In Fallanalysen, Fachvorträgen und -foren ging es u. a. um die Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern und der Polizei, die Arbeit mit Eltern gefährdeter Kinder, die Arbeit der Interventionsstellen für Fälle häuslicher Gewalt, das Erkennen und Bewerten von Spuren aus rechtsmedizinischer Sicht sowie um die oft verkannten psychosozialen Spätfolgen von Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch.

**Rainer Becker**



**Starke Beachtung zollte Mecklenburg-Vorpommerns Politik der 2. Kinderschutzkonferenz: v. l. n. r.: Bodo Wiegand-Hoffmeister, Direktor der FHöVPR, Sylvia Bretschneider, Landtagspräsidentin, Erwin Sellering, Ministerpräsident, Manuela Schwesig, Ministerin für Gesundheit und Soziales und unser Autor PD Rainer Becker, der die Diskussion um den Kinderschutz in Mecklenburg-Vorpommern federführend und maßgeblich vorangebracht hat. Foto: Doll/FHöVPR**





# Unfall oder Misshandlung?

**Entstand die Wunde am Kopf wirklich durch den Sturz vom Wickeltisch? Hat das Nachbarskind tatsächlich den Kochtopf mit heißem Wasser vom Herd gezogen? Das äußere Verletzungsmuster kann Geschichten der Eltern von Unfällen als Lügen entlarven. Um die typischsten Verletzungsmuster betroffener Kinder und die Notwendigkeit differenzierter medizinischer Untersuchungen beim geringsten Verdacht auf Kindesmisshandlung zu erkennen, sind nachfolgend einige für Kindesmisshandlung charakteristische, medizinisch diagnostizierbare Verletzungen skizziert.**

## Typische Symptome

Hämatome und Hautwunden kommen am häufigsten im Zusammenhang mit Kindesmisshandlung vor. Auf folgende Kriterien sollte bei der Diagnostik geachtet werden: Lokalisation, Gruppierung, Formung und Mehrzeitigkeit der Verletzung.

Fast immer werden bei Misshandlungsoffern die Symptome der Haut (Hämatome, Wunden, Narben, Striemen) an nicht exponierten Stellen lokalisiert, wie: Kopf (oberhalb der Hutkrempebene), Rücken, Gesäß, geschützt liegende und seitliche Gesichtspartien (z. B. Augen, Wangen, Mund), Hals, Oberarme, Ober- und Unterschenkel sowie Bauch- und Brustbereich. Typische Sturzverletzungen sind dagegen Verletzungen an den Streckseiten der Gelenke (z. B. Ellenbogen, Knie, Handballen, Knöchel), Hinterkopf und Stirn unterhalb der Hutkrempebene, Nase, Augenbrauen und Kinn.

Am häufigsten werden die Folgen von Schlägen mit der flachen Hand, der Faust oder mit Gegenständen beobachtet. Auch Tritte gegen den kindlichen Körper sind keine Seltenheit. Bei Schlägen auf die Ohrregion entstehen oft auch Blutergüsse an der Rückseite der Ohrmuschel bzw. in der Hinterohrregion, die langsam verheilen. Die Spuren von Schlägen mit der flachen Hand sind meist quer angeordnete, parallel zueinander gestellte, streifige Hautrötungen mit zentralen Abblassungen.

Die Hautrötungen liegen in einem charakteristischen Abstand zueinander, die zentrale Abblassung ist etwa fingerdick. Massive flächige Hämatome mit kräftigen Schwellungen, Monokel- oder Brillenhämatome sprechen für Faustschläge. Schläge mit geformten Gegenständen hinterlassen oft typische Muster. Parallele doppel-läufige Rötungen oder Hämatome mit zentraler Abblassung sind das häufigste Verletzungsbild. Die Form der Striemen gibt oftmals Auskunft über die Art des verwen-

deten Gegenstandes: Stöcke hinterlassen gerade Spuren, flexible Gegenstände (z. B. Gürtel, Schlauch) eher gebogene.

Scharfe oder spitze Gewalteinwirkung (z. B. Schnitte, Stiche) werden bei Misshandlungen von Kindern selten gesehen. Auch Strangulation ist keine gängige Gewalteinwirkung, tritt jedoch in Form von Würgen hin und wieder auf. Wenn die Halsvenen beim Würgen oder Drosseln zugeedrückt wurden, der arterielle Zufluss aber noch erfolgte, entstehen flohstichartige Blutungen in den Augenbindehäuten und an den äußeren Lidhäuten als Stauungsblutungen.

Häufiger allerdings, i. d. R. bei der Tötung von Säuglingen, muss an eine „weiche Bedeckung“ gedacht werden, also an den Verschluss der Atemöffnungen durch auf-gepresste Kissen o. Ä.

Besonders symptomatisch für Misshandlungen in Bezug auf die bereits genannten Verletzungsmuster sind:

- Mehrfachverletzungen in verschiedenen Heilungsstadien,
- symmetrische Griff-, Biss- oder Kneifspuren,
- beidseitige Lidhämatome,
- bei Säuglingen und Kleinkindern Verletzungen in der Mundregion (Risse der Mundwinkel, Verletzung des Lippenbändchens und der Mundschleimhaut),
- gewaltsames Füttern (Stoßen des Löffels oder des Fläschchens in den Mund),
- um die Hand- bzw. Fußgelenke verlaufende Wunden,
- Fesselspuren,
- Verletzungen in der Scheitelregion, wenn kein Sturz aus der Höhe berichtet wird,
- Abwehrverletzungen an den Armen („Parierverletzung“ am Unterarm),
- Haltegriffe an Oberarm/Handgelenk.

Zu beachten ist, dass Säuglinge sich nicht selbst verletzen, solange sie sich nicht kraftvoll aktiv bewegen können. Auch können die Verletzungen nicht schwerer sein als die angeblich auf die Opfer gewirkte Kraft.

## Thermische Einwirkungen

Kreisförmige Verbrennungen am Handteller, unter den Fußsohlen und am Bauch können durch Zigaretten verursacht sein. Meist erscheinen die Hautdefekte wie ausgestanzt bzw. später als runde bis rund-ovale Narben mit einem Durchmesser von 0,5 cm bis 0,8 cm. Zu achten ist dabei auf die Möglichkeit, dass die Zigarette auch mehrfach ausgedrückt worden sein kann, wodurch die Verletzung „konfluieren“ und größer werden kann. Der Rand erscheint dann „kokardenartig“.

Verbrennungen, Verbrühungen und Erfrierungen sind oft schwer hinreichend sicher gegeneinander abzugrenzen. Außerdem stellen Verätzungen durch Säuren oder Laugen eine weitere differenzialdiagnostische Alternative dar. Satellitenartige

Spritzmuster am Rand sollten immer an eine Verbrühung mit heißem Wasser denken lassen. Speziell die anatomische Verteilung, z. B. wenn nur die Gesäßregion betroffen ist, kann entscheidende Hinweise geben. Wenn ein Kind absichtlich bzw. gewaltsam in ein Bad gesetzt wird, sind Gesäß und Hände gleichzeitig oder Hände und Füße gleichzeitig betroffen. Dieses Verletzungsmuster kann nicht entstehen, wenn das Kind selbstständig in die Badewanne steigt. Dann wäre nur eine Hand oder ein Fuß betroffen. Gleiches gilt für das Verbrennen an einem Bügeleisen, einer heißen Herdplatte oder heißen Flüssigkeiten, die sich über den Körper ergießen.

## Skelettverletzungen

Da die Knochen von Säuglingen noch weich und biegsam sind, sind solche Frakturen an sich selten und als Folgen von Gewalteinwirkung nur röntgenologisch diagnostizierbar. Äußere Schwellungen und Hautblutungen sind als Markersymptome bei Kleinstkindern häufig nicht vorhanden. Aber Rippenbrüche und Frakturen/Ab-sprengungen am Ende der langen Röhrenknochen kommen dagegen besonders häufig vor. Kommt es bei Schlägen, Stößen oder Verdrehungen kindlicher Gliedmaßen nicht zu Brüchen, kann es stattdessen zu Blutungen unter der Knochenhaut oder spätere Knochenhautablösung kommen. Solche Verkalkungen der Hämatome zwischen Knochen und Knochenhaut sind röntgenologisch erst zwei bis drei Wochen nach dem



Trauma nachweisbar. Der Verdacht auf Misshandlung ist vor allem dann gegeben, wenn Knochenfrakturen in Kombination mit folgenden anderen Verletzungen diagnostizierbar sind:

- Frakturen an den Beinen in Kombination mit Schädelbruch oder Hirnblutungen bzw. Blutungen im Augenhintergrund (Kind an den Beinen festgehalten und gegen eine harte Unterlage geschleudert),
- Frakturen in Kombination mit Hirnblutungen und Griffmarken an den Oberarmen oder Beine des Kindes,
- Rippenbrüche und Hirnblutungen, wenn das Kind seitlich gepresst und geschüttelt wurde,
- Hüftgelenksverletzungen und Druckschmerzen an den Knöcheln durch das Reißen oder Verdrehen der Beine,
- Oberschenkelbruch und Abriss der oberen Oberschenkel-epiphyse durch gewaltsames Auseinanderreißen der Beine.

### „Schütteltrauma“

Besonders schwerwiegende Folgen hat das Schütteln der Säuglinge. Hierbei wird das Kind an Rumpf oder an den Armen festgehalten und geschüttelt. Dadurch schwingt der Kopf hin und her und es reißen feine Blutgefäße unter der harten Hirnhaut. Blutungen vor der Netzhaut oder Blutungen bei der Liquorpunktion müssen den Verdacht auf ein „Schütteltrauma“ erwecken. In der Akutphase kommt es nicht selten zu einer dramatischen Steigerung des intracraniellen Drucks, wobei das Kind bewusstlos wird und zu krampfen beginnt. Oftmals fehlen dabei äußerlich erkennbare Verletzungen. Die Symptome des subduralen Hämatoms sind vielfältig. Akut kommt es zu Benommenheit, Atemstörungen, Schläfrigkeit, Bewusstlosigkeit, Erbrechen oder zu Krampfanfällen. Zusätzlich können beim „Schütteltrauma“ Griffmarken an Brustwand und Armen oder an den Knöcheln beobachtet werden. Durch den Peitschenschlagmechanismus können sogar Wirbelkörperkompressionsfrakturen entstehen. Langfristig resultieren neurologische Abweichungen, Bewegungs- und Entwicklungsstörungen oder Anfallsleiden.

Nicht selten kommt zu dem Schütteln als pathologischem Mechanismus auch noch das Aufschlagen des Kopfes an einem Gegenstand hinzu, d. h. das Kind erleidet noch zusätzliche, oft mehrfache Hirnprellungen.

Beim epiduralen Hämatom kommt es nach einigen Stunden oder wenigen Tagen zu Erbrechen, zunehmenden Bewusstseins-

störungen, neurologischen Ausfallerscheinungen und schließlich zu Bewusstlosigkeit.

### Innere Verletzungen

Innere Verletzungen sind bei Säuglingen und Kleinkindern die zweithäufigste Todesursache. Wenn das Kind auf den Leib geschlagen wurde, kann es zu Leber- oder Darmrisen oder zu Blutungen an anderen Organen führen, ohne dass äußerliche Symptome vorliegen müssen.

Symptomatisch für **Darmverletzungen** sind: anhaltendes Erbrechen, Schweißausbrüche, aufgetriebener Leib, schwacher Puls und das Ausbleiben der Darmgeräusche.

Wenn Verletzungen der **Lunge** vorliegen, sind dafür Atembeschwerden und blutiger Auswurf symptomatisch.

An **Vergiftungen** ist bei folgenden Symptomen zu denken: Müdigkeit, Apathie, Abwesenheit, Gangunsicherheit und Bewusstlosigkeit. Oftmals spielt eine Überdosierung von Schlaf- und Beruhigungsmitteln eine entscheidende Rolle, um das Kind ruhigzustellen.

### Gedeih- und Wachstumsstörungen

Sie gehören zu häufigen Diagnosen. Hierzu zählen Zeichen der Unterernährung wie Untergewicht, fehlendes Fettgewebe und Hungerödeme. Die Zeichen des Flüssigkeitsdefizites (Dehydration) sind blasse Haut, eingesunkene Augen und verminderte Hautelastizität. Zentrale Ausfallerscheinungen können Apathie, Ängstlichkeit und Reaktionslosigkeit sein.

Ein ungepflegtes Äußeres des Kindes, wie beispielsweise Verschmutzung durch eigene Exkremate, extensive Urinekzeme (Windeldermatitis), Hautausschläge, Pilzkrankungen, Insektenbefall, Infekte und Kälteschäden deuten auf physische Vernachlässigung hin. Deutlich sichtbare, stark vorangeschrittene Karies und Verfärbungen der Schneidezähne sowie unbehandelte Infektionen im Mundinneren sprechen darüber hinaus für sogenannte „Dentale Vernachlässigung“. Störungen im Wachstum, dem Schlaf- und Essverhalten, im motorischen, sozialen und kognitiven Bereich, welche lediglich auf emotionale Vernachlässigung zurückgeführt werden können, bezeichnet man als „psychosoziales Deprivationssyndrom“ oder „psychosoziale Verkümmern“.

### Weitere Auffälligkeiten

Da nicht nur Misshandlungen, sondern

z. T. auch Unfälle oder Krankheiten einige der oben skizzierten Schädigungen nach sich ziehen können, darf man im Einzelfall nicht ausschließlich aufgrund des Vorliegens dieser Verletzungssymptome auf Kindesmisshandlung schließen. Hier müssen noch andere Indizien herangezogen werden, um Kindesmisshandlung von anderen Verletzungsursachen zu unterscheiden:

- Der Arztbesuch wurde trotz offensichtlicher, schwerer Verletzungen so lange hinausgeschoben, bis sich die Eltern in Bezug auf die Pflege ihres Kindes nicht mehr zu helfen wussten.
- Das Kind nahm schon mehrfach – oftmals bei verschiedenen Ärzten bzw. in verschiedenen Kliniken – medizinische Betreuung in Anspruch.
- Die Eltern können das Zustandekommen der Verletzungen ihres Kindes gar nicht oder nur unangemessen erklären; die Unangemessenheit der Erklärungen kann sich in diesem Zusammenhang einerseits auf Art und Schwere der Verletzung, andererseits auf Alter und Entwicklungsstand des Kindes beziehen.
- Die Eltern verstricken sich bei der Schilderung des „Unfallhergangs“ häufig in Widersprüche.
- Die elterlichen Reaktionen auf die Blessuren des Kindes weisen paradoxe Züge auf, etwa durch Herunterspielen schwerer und Dramatisieren leichterer Verletzungen.
- Das Kind wird bei stationärem Klinikaufenthalt selten von seinen Eltern besucht, obwohl mit dem Klinikbesuch keine größeren Komplikationen verbunden sind.
- Die Kinder leiden unter Verletzungen verschiedenen Alters. Ältere Verletzungen werden von den Eltern oft als frische dargestellt, bagatellisiert oder erst gar nicht erwähnt.
- Das betroffene Kind leistet bei medizinischen Interventionsmaßnahmen keinen Widerstand, es wirkt passiv und lethargisch, überprüft jedoch die Umgebung mit erhöhter Aufmerksamkeit.
- Die misshandelten Kinder reagieren bei der Trennung von ihren Eltern häufig emotionslos.
- Ältere Kinder versuchen oftmals, Ärzten und Eltern alles recht zu machen, um insbesondere die Mutter und/oder den Vater nicht noch mehr zu verärgern.

Zusammenfassend müssen die genannten Verletzungsmuster und insbesondere auch das Verhalten von Eltern und Kindern sowie deren Interaktionen im Rahmen der Diagnoseerstellung berücksichtigt werden.

*PKin Anne Wejda*



# Kinder haben ein Recht auf „Weiße Weihnacht“

## Das ist Weiße Weihnacht

Weihnachten ist das schönste Fest für Kinder, und unsere Aufmerksamkeit richtet sich auf ihre Wünsche. Kinder möchten, dass die Erwachsenen für sie da sind und sich normal und nett benehmen. Auch wenn sich viele Erwachsene in Anwesenheit von Kindern beim Trinken zurückhalten, gibt es doch kaum ein Kind, das sich nicht unwohl fühlt, wenn es mit angetrunkenen Erwachsenen zusammen ist: Sie spüren, dass die Erwachsenen seltsam riechen, wenn sie trinken, und dass sie sich anders benehmen. Erwachsene, die sonst für Sicherheit sorgen und auf die sich Kinder sonst immer verlassen dürfen, können sich plötzlich erschreckend und unberechenbar verhalten, weil sie einen anderen Tonfall und große Gesten verwenden. Es muss sich dabei nicht gleich um Aggressivität und Gewalt handeln. Wenn Erwachsene überfreundlich und sentimental werden, ist das für Kinder genauso seltsam.

Unter Alkoholeinfluss funktionieren wir nicht mehr so gut. Wir verstehen die kleinen Signale nicht mehr so leicht. Wir werden vielleicht egoistischer oder komisch auf eine Weise, die Kinder nicht mehr verstehen.

Am schlimmsten leiden natürlich die Kinder, die mit alkoholkranken Eltern aufwachsen. Der Alkoholkonsum in der Bundesrepublik befindet sich auf einem hohen Niveau.

2,5 Millionen Kinder fürchten sich vor

Weihnachten. Denn dann sind Vater, Mutter oder beide vielleicht drei Tage lang blau. Wenn die Freunde mit ihren Familien feiern, Kitas und Jugendtreffs geschlossen haben, wissen Kinder, deren Eltern alkoholabhängig sind, oft nicht wohin. Aus diesem Grund haben engagierte Mitglieder von Verbänden der Suchtselbsthilfe und Suchtvorbeugung am 10. November 2008 die Kampagne „Weiße Weihnacht“ gestartet. Mit ihr bitten sie alle Eltern und Erwachsenen, die während Weihnachten mit Kindern und Jugendlichen zusammen sind, nüchtern – weiß statt blau – zu bleiben.

Die Bundesdrogenbeauftragte Sabine Bätzing (MdB) war eine der ersten, die diese freiwillige Selbstverpflichtung im Rahmen der jährlich stattfindenden Fachkonferenz der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) am 12.11.2008 unterschrieb. „Weihnachten ist das traditionelle Fest der Liebe und damit das Fest der Kinder, sie sollen darum das Fest unbeschwert genießen können,“ betonte Sabine Bätzing. „Tag für Tag treffen wir Menschen, deren Engagement das Ziel eint, den Drogen- und Suchtmittelkonsum zu reduzieren. Das wird gelingen, wenn alle Institutionen, Berufsgruppen und jeder Einzelne aktiv an dieser Aufgabe mitwirken. Darum will ich gern mit gutem Beispiel vorangehen und während der Weihnachtstage auf Alkohol verzichten.“

Verzichten Sie deshalb auf alkoholische Getränke, wenn Sie Weihnachten mit Kindern und Jugendlichen verbringen. Um der Kinder willen, aber auch um Ihrer

selbst willen. Achten Sie auf die Zeit, die Sie mit ihnen verbringen. Und wenn Sie dieses Jahr Weihnachten nicht mit Kindern feiern, können Sie den Vertrag dennoch unterschreiben, um Weisse Weihnachten aus Solidarität mit den vielen Kindern zu feiern, in deren Zuhause zu viel Alkohol getrunken wird.

## Über diese Kampagne

Weiße Weihnacht wurde 2007 in Schweden zum ersten Mal ausgerufen. Über 11.000 Schweden unterzeichneten die Selbstverpflichtung, während der drei Weihnachtsfeiertage keinen Alkohol zu trinken, darunter die schwedische Gesundheitsministerin Maria Larsson. 2008 nun startet die Kampagne auch in Norwegen, der Schweiz und in Deutschland. Hier ruft der Bund für drogenfreie Erziehung (BdE) die Aktion ins Leben.

## Die Ziele der Kampagne

Ziel der Kampagne ist es, Eltern wieder in Erinnerung zu rufen, dass Weihnachten für Kinder das wichtigste Fest des Jahres ist. Darum sollten sie und ihre Bedürfnisse während dieser Zeit im Mittelpunkt stehen. Wer ihnen zuliebe drei Tage auf Alkohol verzichten möchte, kann dies auf der Internetseite der Kampagne bekunden: [www.weisse-weihnacht.info](http://www.weisse-weihnacht.info)

Darüber hinaus soll Öffentlichkeit hergestellt, Politiker und Medien auf die Situation und Bedürfnisse von Kindern, auf ihre Probleme mit dem Alkoholkonsum der Erwachsenen aufmerksam gemacht und mehr Erwachsene zum Verzicht auf Alkohol über Weihnachten bewegt werden.

Kampagne „Weiße Weihnacht“



## **Herbsttagung des EuroCOP-Komitees am 4. November 2008 in Luxemburg**

**Auf der Herbsttagung des EuroCOP-Komitees konnten sich die Delegierten erneut über Zuwachs freuen: Mit dem Beitritt von UPOL (Spanien) sind jetzt knapp 70 Prozent der Polizeibeschäftigten in Spanien bei EuroCOP organisiert. „Angesichts der kurzen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung der spanischen Polizei halte ich diese Entwicklung für bemerkenswert,“ so EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer im Anschluss an die Sitzung.**

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Sitzung bildeten die Pläne der EU-Kommission zur Weiterentwicklung der polizeilichen Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Seit 1999 legt die EU in einem Rahmenprogramm die wesentlichen Ziele im Bereich Justiz und Inneres fest. Für die dritte Auflage dieses Programms hat bereits eine Gruppe von Mitgliedsstaaten – u. a. die Bundesrepublik – den Startschuss gegeben (DP 9/08). Im EuroCOP-Komitee stellte jetzt Dr. Joerg

Semmler die Planungen der EU-Kommission im Detail vor. Die Kommission wird voraussichtlich im Frühjahr 2009 einen ersten Vorschlag veröffentlichen. Beschlossen wird das Programm letztendlich im Rat der EU-Justiz und Innenminister.

In der an den Vortrag anschließenden Diskussion zeigte sich schnell, dass in der bisherigen Diskussion um die Zukunft polizeilicher Zusammenarbeit in der EU wichtige Elemente fehlen: So hat nicht

zuletzt die Diskussion um einen Privatisierung der Bahnpolizei in der Schweiz die Frage aufgeworfen, was aus Sicht der Europäischen Union zum Kernbereich polizeilicher Aufgaben gehört.

Vor dem Hintergrund eines dramatischen Personalabbaus bei der Polizei in Lettland bei gleichzeitig steigender Kriminalitätsrate stellt sich die Frage, wie sich in Zukunft der Gedanke einer gemeinsamen Verantwortung aller Mitgliedsstaaten für die Innere Sicherheit in der EU einerseits und die uneingeschränkte Autonomie der Mitgliedsstaaten mit Blick auf Organisation und Finanzierung der Polizei andererseits miteinander verbinden lassen. „Wenn in Lettland die Polizei kaputtgespart wird, dann macht sich das auch in den anderen Mitgliedsstaaten bemerkbar,“ so die Zusammenfassung von EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer.



Die Herbsttagung des EuroCOP-Komitees fiel dieses Mal zusammen mit der Endphase der Debatte um die Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie. Nachdem der EU-Ministerrat sich im Juni auf einen gemeinsamen Vorschlag für eine Revision geeinigt hatte, muss nun das EU-Parlament voraussichtlich am 17. Dezember in zweiter Lesung über den Vorschlag des Rates entscheiden. Der Vorschlag des Rates bedeutet eine deutliche Absenkung des Schutzniveaus der Richtlinie: Zum einen soll es Mitgliedsstaaten freigestellt werden, ob so genannte inaktive Bereitschaftszeit überhaupt als Arbeitszeit gewertet werden soll. Zum anderen soll der Referenzrahmen für die Berechnung der maximal zulässigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit (48 Stunden) von vier auf 12 Monate ausgedehnt werden.

„Der Vorschlag des Rates würde erstmals in der Geschichte der EU einen Rückschritt im Bereich des Arbeitsschutzes bedeuten,“ so EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer. Dementsprechend klar bezog das EuroCOP-Komitee Stellung: Mit einer Resolution wurde das Europäische Parlament aufgefordert, den Vorschlag des Rates abzulehnen. EuroCOP wird sich

darüber hinaus auch an einer vom Europäischen Gewerkschaftsbund organisierten Demonstration am 16. Dezember in Straßburg beteiligen. „Wir müssen das Europäische Parlament am Vorabend seiner Entscheidung über die Arbeitszeitrichtlinie an seine Verantwortung für die sozialen Errungenschaften Europas erinnern,“ so Kiefer vor dem EuroCOP-Komitee.

Nachdem auf der Frühjahrstagung des EuroCOP-Komitees im März drei Unterausschüsse (Mitbestimmung in der Polizei, Arbeitsschutz, Gleichstellung) eingesetzt worden waren, konnte das EuroCOP-Komitee sich bereits in Luxemburg mit ersten Ergebnissen befassen: Unter dem Vorsitz von Frank Richter, GdP-Landesvorsitzender NRW, ist im



**Spanien demnächst noch stärker vertreten. EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer mit Delegierten aus Spanien.**  
Foto: Jan Vellemann

Unterausschuss „Informations- und Konsultationsrechte“ ein Grundsatzpapier zum Thema Kollektivrechte von Polizeibeschäftigten entstanden: „Ziel ist es, einen gemeinsamen Referenzrahmen für die Rechte von Polizeibeschäftigten als Arbeitnehmer zu schaffen,“ so Richter in seinem Bericht.

Auf nationaler Ebene soll die praktische Umsetzung in Zukunft vor allem durch Partnerschaften zwischen Mitgliedsorganisationen gefördert werden.

*ju*



*Liebe Seniorinnen,  
liebe Senioren,*

die Adventszeit hat begonnen, und wieder geht ein Jahr zur Neige. Ich will die Gelegenheit nutzen, auf das ausklingende Jahr 2008 Rückblick zu halten.

Schon wieder müssen wir Seniorinnen und Senioren feststellen, dass es bei der Renten- und der Versorgungsanpassung kein wirklich erfolgreiches Jahr war. Obwohl es eine geringe Rentenanpassung gab und in der Versorgung, bedingt durch die Föderalismusreform, unterschiedliche Erhöhungsbeträge zugestanden wurden, muss ich leider feststellen, dass die deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten in existenziellen Alltagsbereichen dieses Mehr an Pensionen und Renten längst „aufgefressen“ haben.



In den Ländern stehen uns zum Jahresbeginn 2009 neue Tarifrunden und damit Besoldungsanpassungen ins Haus. Durch die Föderalismusreform ist die Gefahr entstanden, dass die Länder die anstehende Tarif- und Besoldungsrunde nach Kassenlage bestreiten wollen. Dadurch würden sich in unserer Bundesrepublik für unsere Einkommensverhältnisse immer größer werdende Unterschiede in der Besoldung und Versorgung aufbauen, die sicherlich dem Gebot des Grundgesetzes, für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen, widersprechen. Deshalb lautet mein Appell an die Verhandlungsführer unserer GdP, diese Leitlinie

## Angemerkt

unseres Grundgesetzes nicht aus den Augen zu verlieren.

Mir muss die Frage erlaubt sein, ob diese Föderalismusreform für uns Versorgungsempfänger ein Fluch oder ein Segen ist. Ich befürchte Ersteres. Natürlich werden die anstehenden Landtagswahlen zunächst die beschriebene Gefahr mildern; aber was jenseits der Wahltermine geschehen wird, lässt nichts Gutes ahnen.

Liebe Seniorinnen und Senioren, noch ein paar Hinweise zum Aktiv-Programm-Senioren. Dieses Programm wurde vor vier Jahren vom Bundesseniorenvorstand ins Leben gerufen, um unseren Seniorinnen und Senioren eine den vielfältigen Fragen des Alters gerechte Hilfestellung an die Hand zu geben. Hier seien als wichtige Beispiele genannt die Fragen zur Vorsorgevollmacht sowie der Betreuungs- und Patientenverfügung.

Da dieses Programm bereits über vier Jahre in den Ländern – in unterschiedlicher Intensität – umgesetzt worden ist, war der Bundesseniorenvorstand der Auffassung, dass dieses Programm (auch vor dem Hintergrund der Föderalismusreform) einer Weiterentwicklung bedarf.

Aus diesem Grunde wurde am 18. und 19.9.2008 im Waldhotel in Prieros – nach vorangegangener einstimmiger Beschlusslage des Bundesvorstandes im Mai in Berlin – ein Workshop durchgeführt, bei dem die für die Seniorenarbeit Verantwortlichen in den Landesbezirken mitarbeiteten. Nach Begrüßung durch den stellvertr. GdP-

Bundsvorsitzenden Bernhard Witthaut und mich wurde den Teilnehmern die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer aktiven Seniorenarbeit in den Landesbezirken dargelegt. In diesen beiden Tagen wurde unter Leitung von Dietmar Michael, dem verantwortlichen Bundessekretär, die Weiterentwicklung unseres Aktiv-Programms-Senioren in mehreren Punkten erarbeitet. In reger Diskussion wurde hier von den Teilnehmern übereinstimmend festgestellt, dass die Weiterentwicklung unbedingt notwendig sei; man habe auch in den Landesbezirken festgestellt, dass seit Erscheinen dieses Aktiv-Programms-Senioren erheblich weniger Austritte älterer Kolleginnen und Kollegen aus der GdP zu verzeichnen seien. Zum Abschluss dieses Workshops sagten alle Vertreterinnen und Vertreter der Landesbezirke uneingeschränkt zu, die Umsetzung der Weiterentwicklung des Aktiv-Programms-Senioren in ihren Landesbezirken aktiv zu unterstützen. Ich gehe davon aus, dass die Ausbildung von neuen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Landesbezirke im März 2009 in Prieros beginnen kann. Über diese Termine werden die Landesbezirke frühzeitig unterrichtet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Sorgen und Nöten möchte ich Euch dazu aufrufen, für unsere gemeinsamen gewerkschaftlichen Ziele zusammenzustehen und die Zukunft zu unser aller Nutzen positiv zu gestalten.

Ich wünsche allen Seniorinnen und Senioren sowie ihren Familienangehörigen ein gesegnetes und ruhiges Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2009.

*Artur Jung,  
Bundesseniorenvorsitzender*

## Identifikationsnummern zur Rentenbesteuerung

Mit Inkrafttreten des Alterseinkünftegesetzes zum 1. Januar 2005 änderte sich die Rentenbesteuerung. Die seitherige Ertragsbesteuerung wurde abgelöst durch eine tarifliche Besteuerung von 50 Prozent für das Jahr 2005 mit steigender Tendenz für Neurentner von zunächst zwei Prozent pro Jahr. Die GdP berichtete darüber in „Deutsche Polizei“ Nr.10/04, Seite 37. Hintergrund der Umstellung war die ungleiche Besteuerung von Pensionen und Renten.

Obwohl sich an ihren Altersbezügen

nichts geändert hat, müssen viele Rentner in Zukunft höhere Steuern zahlen. Deshalb kann es zu Nachzahlungen kommen, wenn eine Steuerpflicht besteht und keine Einkommensteuererklärungen beim Finanzamt abgegeben wurden. Schlupflöcher gibt es nicht mehr.

Seit dem 1. August 2008 bis zum Jahresende erhalten alle Rentner Post vom Bundeszentralamt für Steuern. Darin wird die persönliche Identifikationsnummer mitgeteilt, die lebenslang gilt. Im ersten

Halbjahr 2009 sollen flächendeckend die Daten der Rentenversicherung mit den Steuerakten abgeglichen werden. So kann der Fiskus alle Fälle identifizieren und gegebenenfalls verfolgen. Bereits seit 2005 melden die Rentenversicherer alle Zahlungen und deren Empfänger an das Bundeszentralamt. Nach Schätzungen müsste etwa jeder Dritte der 15 Millionen Rentnerhaushalte Steuern zahlen, bisher tun dies aber nur 3,4 Millionen.

Fortsetzung auf Seite 40



# 9. Bundessenioerenfahrt der GdP: Es geht ab 19. September 2009 nach Goldstrand/Bulgarien

Wir haben mit dem Hotel Melia Grand Hermitage \*\*\*\*\* das passende Ziel für die 9. Bundessenioerenfahrt gefunden. Das Hotel befindet sich am Goldstrand, direkt am Schwarzen Meer, umgeben von üppigen grünen Terrassen in ruhiger Lage. Das Hotel rühmt sich mit den meisten Zimmern, Anlagen und Dienstleistungen an der gesamten Küste des Schwarzen Meeres. Die großzügigen Schwimmanlagen und die Sonnenterrasse des Hotels sind in der Kombination mit den öffentlichen Strandeinrichtungen einzigartig. Die Spa-Abteilung mit einem großen Hallenbad verfügt über 18 Behandlungsräume, Fitnessraum, Whirlpool, ein türkisches Bad und Sauna. Die Arkade des Hotels



bietet ein Businesszentrum mit Internetzugang, Boutiquen und Geldautomaten. Jedes Zimmer ist mit einem Balkon ausgestattet. Die gehobene Ausstattung der Zimmer und die großzügigen Bäder bieten einen besonderen Komfort. Das Melia Grand Hermitage \*\*\*\*\* ist ein Hotel in dem man sich wohl fühlt.

Zielflughafen 2009 ist Varna, eine Hafenstadt am Schwarzen Meer mit wunderschönen Art Deco Gebäuden, einem

Meeresgarten und einer wunderschönen Kathedrale. Varna liegt etwa 16 km vom Hotel entfernt.

Meeresgarten und einer wunderschönen Kathedrale. Varna liegt etwa 16 km vom Hotel entfernt.

Selbstverständlich wird die 9. Bundessenioerenfahrt wieder mit der umfassenden Betreuung durch die GdP stattfinden. Ausflüge, bunte Abende und andere Veranstaltungen werden in gewohnter Weise durchgeführt.

Bitte haben Sie Verständnis, dass wir nur eine begrenzte Zahl an Zimmern mit Meerblick und Zimmern zur Alleinbenutzung haben. Wir vergeben diese in der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen bei uns.

## Unser Angebot zur 9. Bundessenioerenfahrt:

p. P. im DZ/AI 759 Euro / DZ/AI/Meerblick 787 Euro / EZ/AI ab 794 Euro zzgl. Flughafenzuschläge

## Unsere Leistungen:

- Hotel Melia Gran Hermitage \*\*\*\*\* Goldstrand
- 14 Übernachtungen mit All inclusive (AI) Verpflegung
- Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
- örtliche deutschsprachige Reiseleitung
- Betreuung durch das GdP-Team
- Kleine Extras

Bei Interesse an unserer 9. Bundessenioerenfahrt fordern Sie Informationen und den Anmeldebogen bitte mit dem nachstehenden Coupon an!



GdP-Bundesvorstand  
Stichwort:  
9. Bundessenioerenfahrt  
Carmen Krebber  
Forststraße 3a  
40721 Hilden  
Tel.: 0211/7104-209  
Fax: 0211/7104-145

Bitte senden Sie Informationsmaterial und Anmeldebogen für die Bulgarienreise an:

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_







Fortsetzung von Seite 38

Da sich die Einkommen der Rentner aus vielen Faktoren zusammensetzen, ist es nicht möglich zu sagen, ab welchem Betrag die Steuerschuld beginnt. In einem Steuerkommentar wird ein Beispiel angeführt, wonach bei einem Renteneintritt

vor 2005, wenn außer Rente keine steuerpflichtigen Einkünfte und keine steuerlich abziehbare Ausgaben vorliegen, bei einer monatlichen Rente bis zu 1.500 Euro bei Ledigen bzw. 3.000 Euro bei Verheirateten in der Regel keine Steuer fällig wird.

Wer zu dem Ergebnis kommt, dass er

für die letzten Jahre Steuer hätte zahlen müssen, sollte die Steuererklärung noch in diesem Jahr nachreichen. Stellt das Finanzamt erst beim Datenabgleich eine Steuerpflicht fest, kann es ein Bußgeld wegen leichtfertiger Steuerverkürzung verhängen. **Bg.**

## Eine GdP-Uhr als Dankeschön

### – Uwe Schäfer im Bundesseniorenvorstand verabschiedet –

14 Jahre lang war Uwe Schäfer als Seniorenvertreter von Mecklenburg-Vorpommern aktiv im Bundesseniorenvorstand tätig. Der heute 69jährige rüstige Pensionär vertrat zunächst einige Jahre den Landes seniorenvorsitzenden Jürgen Krüger, der aus gesundheitlichen Gründen die Interessen auf Bundesebene nicht wahrnehmen konnte. Mit seiner Pensionierung wurde Uwe Schäfer dann sozusagen „hauptamtliches“ Mitglied des Bundesseniorenvorstandes (BSV) der GdP. Auf eigenen Wunsch beendete er sein Engagement als Seniorenvertreter. Sein Nachfolger ist Hans Wederka aus Rövershagen. Verabschiedet wurde der aktive Gewerkschafter bei einer Sitzung des Bundesseniorenvorstandes vom BSV-Vorsitzenden Artur Jung und Gewerkschaftssekretär Hans Adams. Artur Jung überreichte ihm als kleines Dankeschön nicht nur eine GdP-Armbanduhr, er bedankte sich auch für die langjährige gute Zusammenarbeit. Uwe Schäfer habe nicht nur die Interessen von Mecklenburg-Vorpommern, sondern die Interessen aller GdP-Senioren im Auge gehabt. Er wünschte ihm alles Gute für den weiteren Lebensweg und

eine stabile Gesundheit. Uwe Schäfer seinerseits bedankte sich für die feierliche Verabschiedung. Er betrachte es als eine

Ehre, im Kreise seiner Kollegen verabschiedet zu werden.

*Norbert Weinbach*



**Nach 14-jähriger Arbeit im Bundesseniorenvorstand als Vertreter von Mecklenburg-Vorpommern wurde Uwe Schäfer (r.) vom BSV-Vorsitzenden Artur Jung (l.) und von Hans Adams, für die Seniorenarbeit zuständiger Gewerkschaftssekretär, verabschiedet.**

*Foto: Norbert Weinbach*



## Deutsche Polizei

Titel – Fotos: GdP

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld

Nr. 12 • 57. Jahrgang 2008 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222

**Homepage des Bundesvorstands der GdP:** www.gdp.de

**Redaktion Bundesteil:** Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)

**Gewerkschaft der Polizei,** Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 190

**E-Mail:** gdp-redaktion@gdp-online.de

**Grafische Gestaltung & Layout:** Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten



**Verlag:**  
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiter:**  
Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
174.618 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

